

metall



Nr. 1-2

Januar 2007
Jahrgang 59
D 4713

Das Monatsmagazin der IG Metall



**Aktionen gegen
Rente mit 67**

**Druck auf
Berlin**

Gewerkschaftstag

Zukunft braucht Gerechtigkeit

Tarifrunde

Metallindustrie boomt



Foto: IG Metall / Renate Schildheuer

»Nach der Epoche der wirtschaftlichen Entwicklung Europas ist es Zeit für seine soziale Entwicklung. Andernfalls bleibt Europa ein Torso. Die deutsche Bundesregierung sollte diese Chance nutzen.«

Jürgen Peters,
Erster Vorsitzender
der IG Metall

Für die Erneuerung Europas

Bis 2010 soll die Europäische Union zum »wettbewerbsfähigsten und dynamischsten (. . .) Wirtschaftsraum der Welt« werden, »einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen«. Das beschlossen die Staats- und Regierungschefs der EU auf ihrem Gipfel im März 2000 in Lissabon. Rund sieben Jahre später ist Europa weit davon entfernt, dieses Ziel zu erreichen. Wachstum und Produktivität waren zu gering, die Arbeitslosigkeit verharrt auf 18 Millionen, die soziale Spaltung nimmt zu. Die Menschen in Frankreich und den Niederlanden haben den Entwurf für eine Verfassung abgelehnt. Ich bin nicht sicher, ob er in Deutschland eine Mehrheit gefunden hätte. Wenn von Europa die Rede ist, macht sich bei den Menschen statt Enthusiasmus und Euphorie über ein großes historisches Projekt Enttäuschung und Ablehnung breit.

Keine Frage, zu Beginn der Deutschen Ratspräsidentschaft steckt die EU in der Krise. Doch die Deutsche Bundesregierung hat die Chance, die EU aus der politischen Orientierungslosigkeit zu holen und einen Ausweg zu weisen. Grundproblem der Krise ist, dass die Politiker entgegen der Sonntagsreden Europa immer nur als gemeinsamen Markt betrachtet haben. Wirtschaftsliberale Konzepte lieferten stets die Vorlage für den Einigungsprozess: Flexibilisierung der Arbeitsmärkte, Privatisierung öffentlicher Güter und angebotsorientierte Wirtschaftspolitik.

Die Bedeutung der Massenkaukraft, öffentlicher Investitionen in Bildung und Infrastruktur und soziale Sicherheit tauchen bestenfalls in den zahllosen Dokumenten auf, aber nicht in der Praxis. Wettbewerb wurde groß geschrieben, die soziale Dimension jedoch vernachlässigt, die Demokratie auch. Wenn sich die Menschen Europa wieder zuwenden sollen, dann brauchen wir eine Neuorientierung der Europapolitik, ein neues Leitprojekt: die Erneuerung des Europäischen Sozialmodells. Tarifautonomie, Mitbestimmung und starke Gewerkschaften gehören genauso zu seinen Grundlagen, wie gerechte Sozialsysteme und ein beschäftigungspolitisch aktiver Staat. Nach der Epoche der wirtschaftlichen Entwicklung Europas ist es Zeit für sein soziale Entwicklung. Andernfalls bleibt Europa ein Torso. Die deutsche Bundesregierung sollte diese Chance nutzen.

Jürgen Peters

Europa

Die Bundesrepublik hat in diesem Jahr die EU-Präsidentschaft. **metall** wird diese Präsidentschaft mit einer Serie begleiten.

Seite 14



Foto: Image Source



Foto: Rolf Donnerker

Zwei-Klassen-Betriebe

Es wird wieder mehr eingestellt. Aber jede zweite Stelle wird mit einem Leiharbeiter besetzt. Zwei von drei Leiharbeitern landen in einem Metallbetrieb. Betriebsräte und IG Metall wollen diesen Trend stoppen.

Seite 18

Aus der Redaktion

In dieser **metall** befindet sich auf Seite 31 eine Anzeige des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG). Wir haben uns entschlossen, diese Anzeige, die auch andere Gewerkschaftszeitungen veröffentlicht haben, ebenfalls abzdrukken. Das Ministerium gibt in dieser Anzeige Telefonnummern, Internetadressen und E-Mails an, über die man sich allgemein über Gesundheitspolitik informieren kann. Eine solche Anzeige haben wir für vertretbar gehalten. Eine inhaltliche Werbung für die Gesundheitsreform hätten wir abgelehnt, wie auch parteipolitische Werbung und Anzeigen, die den Zielen, den Grundsätzen und Beschlüssen der IG Metall widersprechen. Solche Anzeigen werden wir auch in Zukunft nicht annehmen und in unseren Medien abdrucken. Außerdem: Man kann die Telefonnummern auch nutzen, um seinen Ärger über die Gesundheitsreform Luft zu machen. ◀

Editorial

Jürgen Peters über die
Erneuerung Europas 2

Magazin

Niedriglöhne: Steuerzahler sollen bleichen 4
Bosch, Feuerbach: 3000 Stellen auf der Kippe 5
Sperrzeiten: : Klagen erfolgreich 6
Umwelt: Export von Elektroschrott 7

Titel

Rente mit 67:
Politik gegen die Mehrheit 8

Gewerkschaftstag

Wahlordnung und Delegierte 14

Serie über Europa

Recht auf Arbeit 14

Betriebsreport

Impress, Cuxhaven: Qualifizierung nach Tarifvertrag .. 15

Tarifrunde

Gute Wirtschaftslage 16

Leiharbeit

Zwei-Klassen-Betriebe 18

Era

Unnötig Vertrauen zerstört 20

Porträt

Zu Besuch bei Ali Naghi 23

Ratgeber

Pensionsfonds: Altersvorsorge ohne Risiko? 24
Uralubstipps: Nichts wie raus 26

Rätsel

Monats- und Drei-Monats-Rätsel 28

Gesundheitsreform

Thomas Gerlinger über
die Pläne der Regierung 30

Regionales

Aus den Bezirken 32
Lokales/Karikatur 35
Impressum/Leserbriefe 22

Titel: Gudrun Wichelhaus/ Logo: Speer und Rogal

Niedriglohn

Steuern zahlen für die Wirtschaft

In der »Bremer Erklärung« vom 6. Januar 2007 plädiert der SPD-Parteivorstand für den Ausbau des Niedriglohnbereichs. Ein Schlag ins Gesicht für die Gewerkschaften.

»Die Erwerbsquoten für Ältere und Geringverdiener müssen deutlich steigen«, findet der SPD-Vorstand. Und bietet einen »Bonus für Arbeit« an. Mittels einer »Steuergutschrift« sollen Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdiener abgesenkt werden. Auf diese Weise könnten Niedriglohnbezieher »ein Existenz sicherndes Einkommen erzielen, das über dem Arbeitslosengeld II-Niveau liegt«.

Der Vorstoß geht auf eine Initiative von Wirtschaftswissenschaftler wie dem Sachverständigenratsmitglied Peter Bofinger zurück. Nach deren Kombilohnmodell sollen Sozialversicherungspflichtige mit geringem Einkommen keine Steuern zahlen, sondern im Gegenteil einen Zuschuss vom Staat beziehen. Und zwar bis zu einem Einkommen von 1300 Euro. Angeblich sollen so zusätzliche Ar-

beitsplätze entstehen. In Wirklichkeit arbeiten schon heute fast sieben Millionen Menschen zu Niedrigstlöhnen. Doch statt zusätzliche Stellen zu schaffen, haben die Arbeitgeber zunehmend reguläre Jobs durch Minijobs oder Leiharbeiter ersetzt. Auch,

weil niedrige Löhne durch Arbeitslosengeld II aufgestockt werden können.

IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters hat Kombilöhne als »absurde Vorstellung« kritisiert. Ausufernden Zuschüssen für die Wirtschaft, von Beitrags- und

Steuerzahlern finanziert, würden auf diese Weise Tür und Tor geöffnet.

Noch im September hatte sich auch der SPD-Gewerkschaftsrat dafür ausgesprochen, den Niedriglohnsektor zurückzudrängen. ◀



Ein-Euro-Jobber in Stuttgart: Tor und Tür geöffnet für ausufernde Zuschüsse



PFLAUME DES MONATS

Dieter Hundt

Obwohl die Betriebe ihre Arbeitsplätze für Ältere reihenweise abgebaut haben, präsentiert sich Arbeitgeberpräsident **Dieter Hundt** als erbitterter Befürworter der Rente mit 67. Menschen, die nicht mehr ausgequetscht werden könne, sind für den Mann offenbar Luft.

So hatte Hundt im Oktober dafür plädiert, auch die bestehenden Renten weiter zu kürzen – obwohl eine Renten-

Null-Runde die andere jagt. Jetzt hat der Arbeitgeber-Hundt wieder mal Laut gegeben und die Protestaktionen gegen die Rente mit 67 als »illegal« diffamiert. Der Mann hat Sorgen. Sollen sich die Metallerrinnen und Metaller das Fell über die Ohren ziehen lassen? »Wenn sich die Politik nicht bewegt«, sagte ein Redner bei der Auftaktaktion in Saarlouis, »bewegen wir uns«. Es gab viel Beifall.

Ausbildung/Jugendschutz

Ab 4 Uhr in der Backstube?

Das Jugendarbeitsschutzgesetz ist nicht flexibel genug und in der Praxis ein Ausbildungshemmnis – so argumentieren viele Arbeitgeber.

Ihr Drängeln scheint nun Früchte zu tragen: Die Koalition plant eine Aufweichung des Gesetzes. Betroffen sind vor allem die bisher geschützten Arbeitszeiten für junge Leute. Sie sollen künftig bis 22 Uhr arbeiten können (statt bis 20 Uhr) und auch statt um 5 Uhr bereits um 4 Uhr in der Backstube antreten. Auch die bisherigen Beschäftigungsverbote an Wochenenden

sollen eingeschränkt oder aufgehoben werden.

Der DGB wendet sich nachdrücklich gegen die Aufweichung des Jugendschutzes und verweist auf die Statistik, die belegt, wie stark Jugendliche schon jetzt im beruflichen Alltag belastet sind. In fast jeden fünften Arbeitsunfall ist ein Beschäftigter zwischen 15 und 24 Jahren verwickelt, und allein im Jahr 2004 wurden 165 000 meldepflichtige Unfälle in dieser Altersgruppe registriert. Mehrere Abgeordnete votieren gegen das Vorhaben. ◀

Bosch, Stuttgart-Feuerbach

3000 Stellen auf der Kippe

Das Bosch-Werk in Stuttgart-Feuerbach steht vor einem tiefgreifenden Strukturwandel.

Großkunde VW entschied sich für eine Umstellung von der Pumpe-Düse-Technik auf Common Rail, die bis 2010 umgesetzt sein soll. Gibt es dafür keinen Ersatz, könnten in Feuerbach bis zu 3000 der 12500 Stellen auf der Kippe stehen, so der Betriebsrat.

Die Pläne der Geschäftsleitung: 60 Millionen Euro will Bosch bis 2011 in Feuerbach einsparen. Von 2007 bis 2011 sollen 1250 Stellen wegfallen. Die Angestellten sollen ohne Entgeltausgleich 40 Wochenstunden arbeiten. Gegenleistung: drei neue Fertigungslinien, aber nur 580 Arbeitsplätze.

»Die Firma will das Rad der Geschichte zurückdrehen«, sagt Betriebsratsvorsitzender Werner Neuffer. Mit einer Umfrage unter den Angestellten wurde Öl ins Feuer gegossen. »Die Firma spaltet die Belegschaft«, so Hartwig

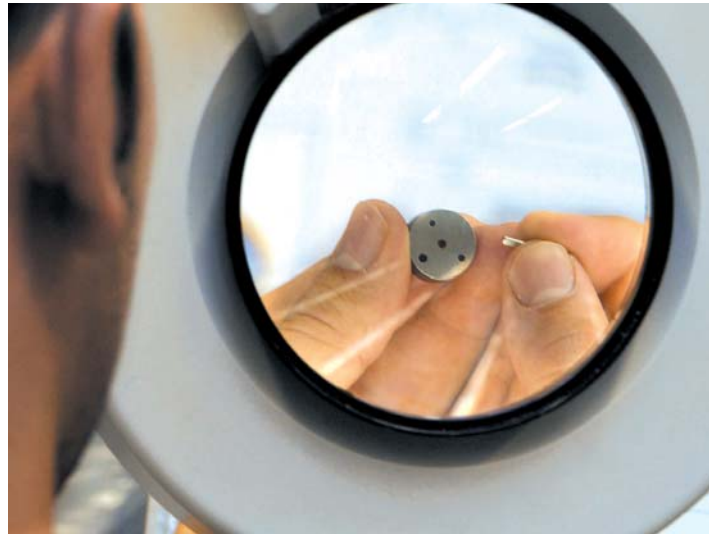


Foto: picturealliance / dpa / Murat

Prüfung eines UIS-Bauteils bei Bosch: 40-Stunden-Woche im Visier

Geisel, der Vorsitzende der Vertrauensleute.

Die Betriebsräte halten dagegen. Werner Neuffer: »Zusätzliche fünf Stunden Regelarbeitszeit würden noch mehr Beschäftigungsprobleme – verursachen, weitere 600 Arbeitsplätze würden vernichtet.« In den laufenden Verhandlungen sum-

miert sich das Angebot des Betriebsrats bisher auf Einsparungen von 19 Millionen Euro – vor allem durch bessere Arbeitsorganisation. »Wir sehen nicht ein, dass ein Personalabbau von uns selbst finanziert werden soll«, sagt Werner Neuffer. Für Ende Januar waren Proteste der Belegschaft angekündigt. ◀

Außenansicht

Ölimporte

Zeit zum Handeln

Letztes Jahr war es russisches Gas, das nicht ankam, dieses Jahr ist es das Öl, das nicht mehr verlässlich durch die Druschba-Pipeline (deutsch: »Freundschaft«) fließt. Deutschland ist zu fast 75 Prozent von Energieimporten abhängig – die immer knapper, begehrter und teurer werden. Höchste Zeit, um auf heimische und dauerhafte Energieträger zu setzen.

Die Erneuerbaren Energien haben im letzten Jahr in Deutschland alle Rekorde gebrochen. Allein der Zuwachs der Strommenge aus Erneuerbaren Energien übertrifft die Jahresproduktion beispielsweise des Atomkraftwerks Brunsbüttel. Inzwischen decken Wind, Wasser, Erdwärme, Sonnen- und Bioenergie 11,6 Prozent des deutschen Stromverbrauchs. Lediglich im Wärmebereich ist der Anteil kaum gestiegen und liegt bei 6,2 Prozent, weswegen wir so dringend das heiß diskutierte Wärmegesetz für Erneuerbare Energien brauchen.

Die Erneuerbaren Energien können inzwischen jedes Atomkraftwerk ersetzen, das vom Netz geht. Gleichzeitig erreichen sie die neuen Klimaschutzziele für Deutschland fast im Alleingang und entlasten damit die Industrie. Und: Sie leisten auch den entscheidenden Beitrag, um die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten zu reduzieren – eine Versicherung quasi gegen ungebremsste Preissteigerungen. ◀



Milan Nitzschke, Geschäftsführer des Bundesverbandes Erneuerbare Energie (BEE)

Bonus für Mitglieder

Cebit und Hannover-Messe

Mitglieder der IG Metall haben zu den beiden großen Messen in Hannover, der Computermesse Cebit und der Hannover Messe, freien Eintritt. Und sparen damit eine Menge Geld (im Vorverkauf kostet das Cebit-Ticket 33 Euro, der Eintritt für die Hannover Messe 21 Euro). Computer-Fans treffen sich vom 15. bis 21. März auf der Cebit; die Hannover Messe ist vom 16. bis 20. April. Auf beiden Messen ist die IG Metall mit einem Info-Stand vertreten. Die Karten können ab Mitte Februar in allen Verwaltungsstellen der bestellt werden. ◀

Schleifmittel Werk Lapport & Sohn, Kaiserslautern

Betriebsrat verhindert Mafia-Coup

Die Geschäftsleitung des Schleifmittel Werks Lapport & Sohn (Kaiserslautern) ist mit seinem Versuch gescheitert, den Betriebsrat durch die kalte Küche aufzulösen.

Weil der Geschäftsleitung die Löhne zu hoch und die Arbeitszeiten zu kurz waren, hatte sie vor Jahresfrist die Firma in eine AG verwandelt. Der Betriebsrat wurde unter der Hand durch eine Gruppe von Marionetten ersetzt. »Die bestehenden Betriebsvereinbarungen«, ließ die Geschäftsleitung die »sehr geehrten Mitarbeiter« wissen, »bleiben nicht weiter in Kraft«.

Flugs sollte die Gleitzeitregelung gekippt und Era umgesetzt werden. Allerdings nicht so, wie es in der Vereinbarung vorgese-

hen ist. Unterm Strich hätten die Beschäftigten dabei »bis 1200 Euro im Monat verloren«, hat Betriebsratsvorsitzender Richard Schallenger rausgefunden. Er empfand den Coup als »Mafia-Methode« und klagte: »Geltendes Recht darf nicht mit Füßen getreten werden.«

Das Kaiserslauterer Arbeitsgericht gab den Metallern in vollem Umfang Recht. Das bedeutet: Der alte Betriebsrat bleibt im Amt und muss an allen mitbestimmungspflichtigen Angelegenheiten beteiligt werden. Schallenger: »Diese Art des Betriebsübergangs darf keine Schule machen. Sonst gibt es bald keine motivierten Betriebsräte und auch keine Gewerkschaften mehr.« ◀

Köpfe

Georg Benz, von 1964 bis 1983 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, verstarb am 19. Dezember 2006. Er wurde 85 Jahre alt. »Mit ihm ist wieder einer derjenigen gegangen, die nach dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs und den barbarischen Verbrechen des Nationalsozialismus unsere IG Metall mit aufgebaut haben«, sagte Berthold Huber, Zweiter Vorsitzender. Benz, 1921 in Würzburg geboren und gelernter Modellschreiner, trat 1949 in die IG Metall ein. Schon vier Jahre später wurde er Bevollmächtigter in Würzburg, 1956 Bezirkssekretär in München, ehe ihn der Beirat in den Vorstand wählte. Dort übernahm er die Bereiche Jugend und Berufsbildung.

Später kamen Betriebsräte und Mitbestimmung hinzu. »Der Krieg und seine Kindheit prägten die Prinzipien seines Lebens: Frieden und soziale Gerechtigkeit,« sagte sein Freund und Nachfolger im Amt Horst Klaus. »Er war, solange ich ihn kenne, ein überzeugter Kämpfer für den Frieden.«

Klaus Ernst (52), Bundestagsabgeordneter der Links-Fraktion und Metaller, hat in der laufenden Wahlperiode als einziger Parlamentarier einen Ordnungsruf kassiert. Ernst hatte in einer Rede die Verschärfungen der Hartz-Gesetze kritisiert und Bundeskanzlerin Angela Merkel anschließend eine Fußfessel aufs Pult gelegt. »Damit sie sich besser vorstellen kann, welche Folgen die sogenannte Erreichbarkeitsanordnung für Erwerbslose bedeutet«, schmunzelt er. ◀



Foto: Joachim Giesel

Puma

Kaputt gespart



Foto: Maik Pflaum / CR

Textilarbeiterinnen in Mittelamerika: Projekt gestoppt

Nur ein Jahr lief die Zusammenarbeit zwischen dem Sportartikelhersteller Puma und der Kampagne für saubere Kleidung (CCC).

Dann ließ Puma Ende 2006 das Projekt scheitern. Der Vorstand lehnte eine weitere Finanzierung ab. Dabei ging es nach Angaben der CCC lediglich um eine fünfstelligen Summe, die Puma die Fortsetzung der gemeinsamen Arbeit gekostet hätte.

Der drittgrößte Sportartikelhersteller der Welt hatte sich im Dezember 2005 verpflichtet, gemeinsam mit der Kampagne So-

zialstandards bei Zulieferern von Sportbekleidung in El Salvador und Mexiko zu verbessern. Das Projekt war zunächst auf ein Jahr beschränkt. Als es Ende 2006 verlängert werden sollte, signalisierte die Sozialabteilung von Puma, dass es weitergehen werde, sagt Maik Pflaum von der CCC. Doch der Vorstand stoppte das Projekt.

Nun wird man bei der Kampagne den Verdacht nicht los, dass Puma das Projekt lediglich zu Werbezwecken rund um die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 brauchte. ◀

Arbeitslose

Sozialgerichte kassieren jede zweite Sperrzeit

Immer mehr Erwerbslose erhalten Sperren von ihren Arbeitsagenturen und müssen dann bis zu zwölf Wochen ohne Arbeits-

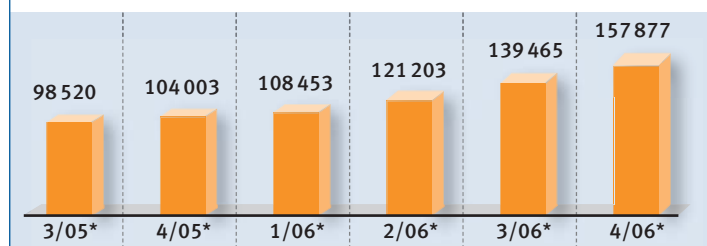
losengeld I auskommen. Angeblich, behauptet die Bundesagentur für Arbeit (BA), weil sie ihre Arbeitslosigkeit »vorsätzlich

oder grob fahrlässig« verursacht hätten.

In Wirklichkeit sind die Sachbearbeiter bei den Arbeitsagenturen allzu übereifrig, wenn es darum geht, Sperrzeiten zu verlängern. Die Berliner »Koordinierungsstelle für gewerkschaftliche Arbeitslosenarbeit« rät daher allen Betroffenen, gegen Sperrzeiten zu klagen. Martin Künkler: »Wer klagt, hat gute Chancen, dass die Sperrzeiten zurückgenommen werden; denn viele werden ohne Rechtsgrundlage verhängt.« In der Vergangenheit hätten die Sozialgerichte jede zweite Sperrzeit wieder kassiert. ◀

Sperren für Erwerbslose

Anzahl der Fälle (Nur Arbeitslosengeld I-Bezieher)



Quelle: BA, © metall-grafik, *Quartal

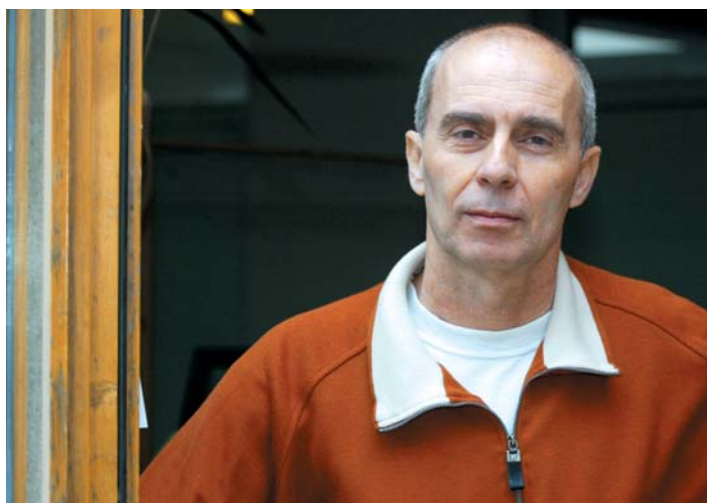
BenQ

»DAS DARF NICHT SCHULE MACHEN«

Für den insolventen Handyhersteller BenQ hat sich immer noch kein Käufer gefunden. Mehrere Dutzend BenQ-Beschäftigte klagen inzwischen gegen Siemens, weil sie sich über den Betriebsübergang falsch informiert fühlten. Sie wollen klären lassen, ob ihr Arbeitsverhältnis bei Siemens fortbesteht. **metall** sprach mit Heinz Illgen, 54, Software-Entwickler bei BenQ, über seine Beweggründe.

metall: Heinz Illgen, worum geht es in deiner Klage gegen den Siemens-Konzern?

Illgen: Wir wurden beim Verkauf der Handysparte von Siemens an BenQ 2005 nicht ausreichend über die Risiken informiert. Hätten wir die wirtschaftliche Lage von BenQ gekannt, wäre damals schon die Insolvenz absehbar gewesen. So aber wurde uns BenQ mit einem Minimum an Informationen als Unternehmen der Zukunft schmackhaft gemacht.



Heinz Illgen klagt mit Unterstützung der IG Metall gegen Siemens

metall: Jetzt ist BenQ pleite. Das Angebot, in eine Transfergesellschaft zu wechseln, hast du abgelehnt.

Illgen: Das ist für mich eine Frage der Selbstachtung. Wer wie ich 39 Jahre bei Siemens gearbeitet hat, fühlt sich als Teil der Firma. Ich will wissen, ob beim Betriebsübergang von Siemens auf BenQ nach Paragraph 613a BGB alles rechtens war oder nicht.

metall: Du willst damit auch deine Weiterbeschäftigung bei Siemens erreichen.

Illgen: Richtig, mit 54 Jahren kommt man nicht so schnell woanders unter. Ich will vor dem Arbeitsgericht aber vor allem klären lassen, ob der Artikel 613a BGB ein Schutzrecht für Arbeitnehmer darstellt oder ob man auf diesem Weg unbequeme Betriebsteile einfach entsorgen kann. Das Ur-

teil wird Signalwirkung haben. Ein Betriebsübergang in dieser Form darf nicht Schule machen.

metall: Was würdest du Beschäftigten raten, deren Betriebsteil verkauft werden soll.

Illgen: Ein Betriebsübergang ist immer ein Risiko. Um das für sich einschätzen zu können, braucht man soviel Informationen über den potenziellen Käufer wie möglich. Für mich war die Rechtsberatung der IG Metall und der Kontakt zum Betriebsrat sehr wichtig: Ist nach dem Betriebsübergang genug Geld für Abfindungen da? Wie sind Betriebsrenten abgesichert? Es gibt da viele Knackpunkte, über die man Bescheid wissen muss.

metall: Worauf stellst du dich ein? Siemens will in dem Rechtsstreit notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof gehen.

Illgen: Die Sache kann sich noch länger hinziehen. Für uns ist es jetzt wichtig, die Nerven zu behalten und gelassen zu bleiben. ◀

Elektronikschnitt

Exporte in Entwicklungsländer verseuchen Umwelt



Müllhalde in Nigeria: Elektroschrott aus westlichen Industrieländern

IT-Konzerne nutzen zunehmend Afrika, China und Indien als Müllkippe für ausrangierte elektronische Geräte wie Computer, Drucker und Handys. Der Elektroschrott bedroht akut Menschen, die in der Umgebung der Müll-

halden leben. Giftige Chemikalien und Schwermetalle verseuchen Boden und Grundwasser. Elektrogeräte müssen in Deutschland zwar recycelt werden. Doch häufig werden sie als Nutzware deklariert und zur an-

geblichen Wiederverwendung per Container vom Hamburger Hafen etwa nach Westafrika verschifft. 80 Prozent der Geräte sind jedoch völlig unbrauchbar. Die illegale Exportware wird an ihrem Zielort auf große Müllkippen gepackt oder verbrannt. Dabei werden Dioxine, ätzende Chlorwasserstoffe und andere giftige Stoffe wie Pyren und Chrysen frei. Nach Einschätzung von Greenpeace International hat der Umlauf von Elektronikschrott stark zugenommen. Größter Umweltsünder sind die USA. Sie haben die Baseler Konvention nicht ratifiziert, die das Verschieben von gefährlichen Abfällen verbietet. ◀

Praktika

»Zeitlich begrenzen«

Das Ausnutzen von Studenten und Studienabgängern als Dauerpraktikanten in Betrieben beschäftigt den Bundestag. Sowohl Grüne als auch die Links-Fraktion wollen die Dauer der Praktika zeitlich begrenzen und haben entsprechende Anträge gestellt. Sie werden im Bildungsausschuss beraten. Während die Grünen für eine Selbstverpflichtung der Betriebe plädieren, will die Links-Fraktion eine gesetzliche Regelung. Zuvor hatte es öffentlichen Druck gegeben. So hatte die DGB-Jugend 60 000 Unterschriften gesammelt und gefordert, Praktika mit 300 Euro monatlich zu vergüten. ◀

»Politik **gegen** die Mehrheit des Volkes«

Durch die Betriebe rollt eine Protestwelle. Die Menschen sind nicht mehr bereit, die skrupellose »Reformpolitik« zu ertragen. Zumal es Alternativen gibt. Von Fritz Arndt

Als die Neujahrsansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) über die Bildschirme flimmerte, war für viele Gewerkschafter die Partystimmung versaut. Die Rente mit 67 »sei unverzichtbar«, gab die Unionspolitikerin mit ins neue Jahr, manche Entscheidungen seien eben »mit Belastungen für Sie verbunden«. Mit eisigem Lächeln wünschte die Kanzlerin dennoch »allen ein gutes, ein erfülltes und ein gesegnetes neues Jahr 2007«.

Das Jahr ist gut angelaufen – mit bundesweiten Protesten gegen die schwarzrote Rentenpolitik. Der Startschuss fiel auf dem Saarlouiser Röderberg (Saarland). Dort protestierten Mitte Januar über 7000 Beschäftigte aus 17 Betrieben gegen die verhasste Rente mit 67. Die komplette Frühschicht von Ford war mit dabei, auf der Bundesstraße 51 wurde der Autoverkehr umgeleitet. »Schon die bisherigen Rentenreformen bewirken, dass eine Rente von 1000 Euro in Zukunft nur noch 750 wert ist«,

rief Völklingens Erster Bevollmächtigter Robert Hiry ins Mikrofon, »wenn jetzt auch noch die Rente mit 67 kommt, werden es nur noch 700 sein. Das lassen wir uns nicht gefallen; denen, die diese Politik betreiben, muss das Handwerk gelegt werden.« Vor der Rednerbühne trommelten Dillinger Stahlarbeiter auf großen Fässern, daneben reckten Metaller ein riesiges Transparent in den Himmel: »Müntefering, Du Drecksack«, stand auf schwarzroten Lettern darauf, »wir fordern nach 40 Jahren Wechselschicht eine Rente ohne Abzug, egal wie alt.«

Ob sich die Berliner Politiker wohl für die Arbeit in den Betrieben interessieren? »Die reden doch nur über die Arbeitswelt«, schimpfte Hiry. Völklingens IG Metall hatte vor Weihnachten einige aus dem Saarland eingeladen. Sie sollten Stahl und Autos produzieren – unter realen Bedingungen. Auf die Antwort ihrer »Volksvertreter« warten die Saarländer bis heute.

Niedersächsische Journalisten waren da schlauer. Auf Einladung der IG Metall haben sie sich bei VW in Salzgitter umgesehen und viel gelernt – beispielsweise, wie der 45-Sekunden-Takt in der Endmon-

tage funktioniert und dass mit der Rente ab 67 die Altersteilzeit wegfallen wird. »Niemand kann in der Produktion bis 67 Jahre am Band stehen, das geht einfach nicht«, diktierte ihnen Metaller Siegfried Klisch in die Notizblöcke.

In Salzgitter waren schon am Nikolaustag 4000 Metallerinnen und Metaller auf der Straße, darunter hunderte Auszubildende. Sie wissen, dass die Chancen auf einen Berufseinstieg mit der Rente ab 67 noch düsterer würden. »Wir werden uns bei der na-



Foto: Becker & Brudel





Kundgebung auf dem Saarlouiser Röderberg: »Denen, die diese Politik betreiben, muss das Handwerk gelegt werden«

mentlichen Abstimmung die Namen der Befürworter merken«, kündigte Wolfgang Räsche, Erster Bevollmächtigter der IG Metall in Salzgitter, an, »sie werden keine Stimme mehr bekommen.«

Auch im Süden schlagen die Wellen hoch. »Es gab noch nie ein Thema, bei dem sich die Kollegen so einig waren«, analysiert Esslingens Zweite Bevollmächtigte Ilona Dammköhler. Noch vor Weihnachten hatten rund 11 000 Metallerrinnen und Metaller gegen die geplante Rente mit 67 protestiert. Bei einer

Infoveranstaltung bei den Index-Werken haben die Beschäftigten ihren Ärger in eine Resolution an die Koalitionsparteien CDU und SPD gepackt: »Wenn die Mehrheit im Bundestag nicht mehr das Wohl der Mehrheit des Volkes im Blickfeld hat, muss diese Mehrheit auch zwischen den Wahlen reagieren.«

Das tut sie jetzt:

- Allein in Bayern waren für Ende Januar Aktionen in 130 Betrieben angesagt.
- Bei Protestveranstaltungen in Nordrhein-

Westfalen rechnete die IG Metall mit 50 000 Teilnehmern.

- Im Bezirk Küste waren elf öffentliche Protestaktionen geplant. »Die Verärgerung ist enorm«, sagt Bezirksleiterin Jutta Blankau.
- In allen Verwaltungsstellen Baden-Württembergs liefen Ende Januar betriebliche Aktionen.

Nein, das Gefasel von der Demografie und den leeren Kassen zieht nicht mehr. Und Politiker, die sich ausnahmsweise mal in einen Betrieb verlaufen, spüren Gegen-



Proteste Ende Januar in Duisburg: »Regierung sitzt auf einem Pulverfass«

Fotos von links nach rechts: Tanja Pickartz, picture-alliance / dpa / Lübke, Becker & Bredel, Dieter Urban

Proteste in Salzgitter: Rente mit 67 würde die Chancen auf Ausbildungsplätze weiter verringern.

wind. So haben während einer Betriebsbesichtigung bei »Silbitz Guss« (Thüringen) Bundestagsabgeordnete von SPD und CDU »ordentlich Feuer gekriegt« (Wolfgang Lemb, Erster Bevollmächtigter von Gera und Jena-Saalfeld). Betriebsrat, IG Metall und die Geschäftsleitung hatten eingeladen. »Wer weiß, wie hart die Arbeit in den Betrieben ist, kann im Bundestag nicht für die Rente mit 67 stimmen«, fordert Lemb. Nicht nur in Gießereien fließt der Schweiß: Bei einer Umfrage der IG Metall in Gera und Jena-Saalfeld lehnten 97,1 Prozent der über 1600

Rücksender eine Rente mit 67 ab. So ähnlich ist die Stimmung auch in anderen Regionen. Bei einer Befragung der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen, an der sich 13 000 Beschäftigte beteiligt haben, lag die Ablehner-Quote bei 95,7 Prozent. Bezirksleiter Olivier Höbel: »Die Rente mit 67 betrifft auch die Jungen. Über die Altersteilzeit für Ältere verbessern sich ihre Chancen auf den Berufseinstieg. Sie muss verlängert werden.«

Bei Airbus in Nordenham haben Vertrauensleute vor dem Betrieb Unterschriften ge-

gen die drohende Rente mit 67 gesammelt. Schwierig war das nicht: Innerhalb von zwei Stunden hatten sich 750 Flugzeugbauer eingetragen. Die Liste wurde an Bundestagsabgeordnete aus der Region geschickt. »Wir sehen in dem Beschluss der Bundesregierung vor allem ein Renten Kürzungsprogramm und fordern die Regierungskoalition auf, die betrieblichen Realitäten zur Kenntnis zu nehmen«, mahnt eine beiliegende Resolution. VK-Leiter Ralf Bremer: »Die haben bis heute nicht geantwortet.« Soviel ist sicher: Gegen die unsoziale Berliner Politik braut sich et-

»Mit Druck lässt sich noch etwas bewegen«

metall sprach mit Ottmar Schreiner (60), SPD-MdB und Metaller

metall: Du hast angekündigt, im Bundestag gegen die Rente mit 67 zu stimmen. Bleibt es dabei?

Ottmar Schreiner: Es bleibt mit Sicherheit dabei. Zumal es keinerlei Anzeichen dafür gibt, dass am Grundkonzept »Rente mit 67« etwas geändert werden soll.

metall: Was hat dich zu der Entscheidung bewogen?

Schreiner: Mit der Rente mit 67 würden wir wieder das bekommen, was wir in der Vergangenheit weitgehend verhindern konnten: massenweise Altersarmut trotz jahrzehntelanger Erwerbsarbeit. Außerdem würde eine längere Lebensarbeitszeit den Arbeitsmarkt für Jugendliche noch stärker verriegeln.

metall: Die IG Metall hat zahlreiche Abgeordnete in die Betriebe eingeladen, um sich ein Bild von der Arbeitswelt zu machen, aber kaum jemand hat die Chance genutzt. Verstehst du, dass die Beschäftigten verärgert sind?

Schreiner: Ja, natürlich. Es wird offensichtlich, dass die Gesetze, die in



Foto: picture-alliance / dpa / Metallsprek

würde für diese Menschen eine weitere Kürzung der Rente bedeuten.

metall: Nach acht Jahren erhalten Abgeordnete knapp 1700 Euro Rente. Dafür soll ein Durchschnittsverdiener künftig 100 Jahre arbeiten...

Schreiner: ... das ist nicht gerecht. Ich plädiere schon lange für eine Bürgerversicherung, in die alle Erwerbstätigen, unabhängig von ihrem Status, einzuzahlen haben. Und zwar ohne Beitragsbemessungsgrenze. In anderen europäischen Ländern gibt es das längst.

metall: In ganz Deutschland rollt jetzt eine Protestwelle an. Siehst du Chancen, dass die Rente mit 67 noch kippt?

Schreiner: Ohne Proteste gäbe es keine Chance. Wenn sich in Berlin noch etwas bewegen lässt, dann nur mit öffentlichem Druck. ◀



Völklingens Erster Bevollmächtigter Hiry: »Tausend Euro Rente wären in Zukunft nur noch 700 wert«



Bundestagsabgeordnete bei Silbitz Guß (Thüringen): »Wer weiß, wie hart die Arbeit ist, kann nicht für die Rente mit 67 stimmen«

was zusammen. Das bekamen auch die Mitglieder des Arbeits- und Sozialausschusses im Bundestag, Anton Schaaf (SPD) und Peter Weiß (CDU), während einer DGB-Anhörung in der Berliner Katholischen Akademie zu spüren.

Erst wurden sie erbarmungslos ausgebuht, dann prasselten Fragen wie Schwertstiche auf sie herab. »Schon heute finden Millionen Menschen keine Arbeit. Ist es da nicht schizophren, die Lebensarbeitszeit für Erwerbstätige zu verlängern?«, wollten die Gewerkschafter wissen. Oder: »Wie will die

Bundesregierung gewährleisten, dass genügend Arbeitsplätze für gehandicapte Ältere entstehen?« Außer Hinweisen auf das dürre Programm »50plus« kam aber nichts.

Die IG Metall fordert einen flexiblen Renteneintritt nach 40 Versicherungsjahren, spätestens mit 65 Jahren. Außerdem müssen Ältere auch künftig die Chance auf Altersteilzeit haben. IG Metall-Vorsitzender Jürgen Peters: »Spätestens wenn die jetzige Regelung ausläuft, wird die Bundesregierung spüren, dass sie auf einem Pulverfass sitzt.«

So geht es weiter

- **9. Februar:** Vorabberatung im Bundesrat
- **20. Februar:** Zuleitung zum Bundestag
- **26. bis 28. Februar:** Anhörung im Bundestag
- **1. März:** Zweite und dritte Lesung im Bundestag
- **7. März:** Abschließende Behandlung im Bundestags-Sozialausschuss
- **30. März:** Abschließende Behandlung im Bundesrat



Info-Veranstaltung bei den Index-Werken (Esslingen): »Die Mehrheit muss auch zwischen den Wahlen reagieren«



Reporter bei Volkswagen in Salzgitter: »Niemand kann in der Produktion bis 67 am Band stehen, das geht einfach nicht«



Protest gegen die schwarzrote Rentenpolitik in Duisburg: Die Rente mit 67 betrifft auch Junge. Über die Altersteilzeit finden sie einen besseren Berufseinstieg. Sie muss verlängert werden

Leipziger Messe: Austragungsort des 21. ordentlichen Gewerkschaftstags



Foto: CCL

Der Vorstand der IG Metall beruft auf Grund des Paragraphen 20 der Satzung den 21. ordentlichen Gewerkschaftstag für die Zeit vom 4. bis 10. November 2007 nach Leipzig ein. Er hat dazu die nachstehende Wahlordnung beschlossen und die Wahlbezirke festgelegt. Es sind insgesamt 501 Delegierte und ebenso viele Stellvertreter und Stellvertreterinnen zu wählen. Gemäß Beschluss des Vorstands vom 16. Januar 2007 zum Paragraphen 13 der IG Metall-Satzung müssen mindestens 96 Mandate auf Frauen entfallen. Die Delegierten werden auf den Delegiertenversammlungen in den Verwaltungsstellen im Laufe des ersten Quartals 2007 gewählt. Die Meldefrist über die Bezirksleistungen an den Vorstand der IG Metall ist der 31. März 2007. Anträge an den 21. ordentlichen Gewerkschaftstag sind bis zum 1. Mai 2007 zu beschließen und spätestens bis zum 5. Mai 2007 beim Vorstand elektronisch einzureichen. Die Anträge müssen so formuliert sein, dass sich das Antragsbegehren aus dem Antragstext ergibt. Zusätzliche Begründungen werden nicht aufgenommen. Jeder Antrag soll sich auf ein Thema konzentrieren. Dazu liegen in den Verwaltungsstellen der IG Metall die »Themen und Thesen« der Entschlüsse vor. Sie sollen auf die möglichen Diskussionspunkte des Gewerkschaftstags hinführen und die Antragsberatung vorstrukturieren.

Die Themen und Thesen zu den Entschlüssen gibt es ab Mitte Februar bei den Verwaltungsstellen und ab sofort im Internet unter
► www.igmetall.de.



21. ordentlicher Gewerkschaftstag in Leipzig vom 4. bis 10. November 2007

»Zukunft braucht Gerechtigkeit«

Wahlordnung

► **1. Als Delegierte**, deren Stellvertreter oder Stellvertreterinnen sind nur solche Mitglieder wählbar, die am Tag der Wahl mindestens 36 Monate ununterbrochene Gewerkschaftszugehörigkeit nachweisen können und während dieser Zeit satzungsgemäße Beiträge entrichtet haben (Paragraf 20 Ziffer 4 Absatz 1 der IG Metall-Satzung).

In besonderen Fällen können jugendliche Mitglieder bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres mit einer mindestens zwölfmonatigen ununterbrochenen gewerkschaftlichen Mitgliedschaft und satzungsgemäßer Beitragsleistung während dieser Zeit als Delegierte gewählt werden (Paragraf 20 Ziffer 4 Absatz 2 der IG Metall-Satzung).

► **2. Die Wahl der Delegierten** und deren Stellvertreter und Stellvertreterinnen erfolgt in Wahlbezirken, die vom Vorstand im Einvernehmen mit den Bezirksleitern bezie-

hungsweise Bezirksleiterinnen festgelegt werden. Die Wahlbezirke werden aus dem Organisationsbereich einer oder mehrerer Verwaltungsstellen gebildet (Paragraf 20 Ziffer 2 der IG Metall-Satzung). Werden mehrere Verwaltungsstellen zu einem Wahlbezirk zusammengefasst, wählen diese Verwaltungsstellen getrennt in ihren Delegiertenversammlungen die auf die Verwaltungsstelle entfallende Zahl der Delegierten.

In jedem Wahlbezirk sind ebenso viele Stellvertreter oder Stellvertreterinnen zu wählen, wie Delegierte gewählt wurden.

Über die Art und Weise der Stellvertretung (persönliche oder allgemeine Stellvertretung) entscheidet die Delegiertenversammlung. Bei der Festlegung auf die allgemeine Stellvertretung entscheidet das Wahlergebnis über die Rangfolge des Stellvertreters oder der Stellvertreterin.



Foto: Metin Yilmaz

► **3. Zur Wahl** ist schriftlich unter Nennung des Tagesordnungspunkts »Wahlen« einzuladen.

► **4. Es ist ein Wahlvorstand** zu bilden, der aus einem oder einer Vorsitzenden und zwei Beisitzern oder Beisitzerinnen besteht.

► **5. Die Wahl der Delegierten** und ihrer Stellvertreter oder Stellvertreterinnen erfolgt in geheimer Abstimmung in den Delegiertenversammlungen der Verwaltungsstellen. Die einfache Stimmenmehrheit entscheidet. Über die Wahl ist ein Protokoll anzufertigen.

Die Stimmzettel werden durch den Ortsvorstand gestellt. Die bei der Wahl benutzten Stimmzettel sind bis nach Beendigung des Gewerkschaftstags durch die zuständige Verwaltungsstelle aufzubewahren.

► **6. Die Wahl** ist so rechtzeitig durchzuführen, dass die Meldung der Delegierten und der Stellvertreter und Stellvertreterinnen bis spätestens 31. März 2007 über die jeweils zuständige Bezirksleitung an den Vorstand erfolgt. Eine Nachwahl von ordentlichen Delegierten oder Stellvertretern beziehungsweise Stellvertreterinnen nach der Meldefrist ist nicht möglich.

► **7. Im übrigen gilt die Wahlordnung** für Gewerkschaftsversammlungen.

► **8. Die Nichtbeachtung** dieser Wahlordnung führt zum Verlust der Mandate. ◀

Zu wählende Delegierte in den Verwaltungsstellen der IG Metall

Bezirk Nordrhein-Westfalen, 130

Delegierte: Bielefeld 4 (davon 1 Frau), Bocholt 4 (1), Bochum 6 (1), Detmold 3 (o), Dinslaken 2 (o), Dortmund 6 (1), Düsseldorf 3 (1), Duisburg 8 (2), Essen 3 (o), Gelsenkirchen 2 (o), Gütersloh 2 (o), Hamm 2 (o), Herford 3 (o), Herne 1 (o), Minden 2 (o), Mülheim 2 (o), Münster 2 (o), Oberhausen 2 (1), Oelde-Ahlen 2 (1), Paderborn 2 (o), Recklinghausen 2 (1), Rheine 3 (1), Unna 2 (o), Witten 2 (o), Aachen 2 (o), Amsberg 2 (o), Düren 1 (o), Gevelsberg-Hattingen 3 (o), Gummersbach 3 (o), Hagen 4 (1), Köln 8 (2), Krefeld 3 (1), Leverkusen 2 (o), Lippstadt 1 (o), Lüdenscheid 2 (o), Mönchengladbach 3 (1), Neuss 2 (o), Olpe 2 (o), Olsberg 1 (o), Remscheid-Solingen 4 (1), Bonn-Rhein-Sieg 3 (1), Siegen 5 (1), Stolberg 1 (o), Velbert 2 (o), Werderh-Iserlohn 3 (1), Wuppertal 3 (o).

Bezirk Frankfurt, 70 Delegierte: Koblenz 2 (o), Betzdorf 1 (o), Darmstadt 5 (1), Ludwigshafen-Frankenthal 2 (o), Frankfurt am Main 4 (1), Mittelhessen 4 (1), Hanau 2 (o), Herborn 2 (o), Kaiserslautern 2 (o), Nordhessen 8 (2), Bad Kreuznach 2 (1), Mainz-Worms 2 (1), Neustadt 3 (1), Neuwied 2 (o), Offenbach 2 (o), Trier 1 (o), Wiesbaden-Limburg 1 (o), Homburg-Saarpfalz 3 (1), Saarbrücken 3 (1), Neunkirchen 2 (o), Völklingen 6 (2), Eisenach 2 (o), Erfurt 2 (o), Gera 2 (o), Jena-Saalfeld 2 (o), Nordhausen 1 (o), Suhl-Sonneberg 2 (o).

Der Stellvertreter des Delegierten für den Wahlbezirk Völklingen und Wiesbaden-Limburg wird in der Verwaltungsstelle Wiesbaden-Limburg gewählt.

Bezirk Küste, 40 Delegierte: Bremen 6 (1), Bremerhaven 2 (o), Unterelbe 1 (o), Emden 3 (1), Flensburg 1 (o), Hamburg 8 (1), Kiel 2 (o), Leer-Papenburg 2 (o), Lübeck-Wismar 2 (o), Neumünster 1 (o), Wesermarsch 1 (o), Oldenburg 3 (1), Rendsburg 1 (o), Wilhelmshaven 1 (o), Bergedorf 1 (o), Rostock 2 (1), Schwerin 1 (o), Stralsund 1 (o), Neubrandenburg 1 (1).

Bezirk Niedersachsen-Sachsen-Anhalt, 59

Delegierte: Alfeld 2 (1), Braunschweig 4 (1), Celle 1 (o), Goslar-Osterode 2 (1), Göttingen 2 (1), Hameln 2 (o), Hannover 8 (2), Hildesheim 2 (o), Lüneburg 1 (o), Nienburg 1 (o), Peine 1 (o), Osnabrück 4 (1), Stadthagen 1 (o), Salzgitter 6 (2), Wolfsburg 14 (3), Dessau 1 (o), Halle 2 (o), Magdeburg-Schönebeck 3 (1), Halberstadt 2 (o).

Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen, 36

Delegierte: Berlin 8 (3), Cottbus 1 (o), Südbrandenburg 1 (o), Ostbrandenburg 2 (o), Oranienburg 1 (o), Potsdam 2 (1), Ludwigsfelde 1 (o), Bautzen 2 (o), Chemnitz 5 (2), Dresden 3 (1), Leipzig 3 (1), Riesa 1 (o), Zwickau 6 (2). Der Stellvertreter des Delegierten für den Wahlbezirk Potsdam, Berlin, Ludwigsfelde, Bautzen und Riesa wird in der Verwaltungsstelle Ludwigsfelde gewählt.

Bezirk Bayern, 74 Delegierte: Amberg 3 (1), Aschaffenburg 3 (1), Augsburg 5 (1), Bamberg 3 (1), Ostoberfranken 3 (1), Coburg 2 (o), Erlangen 2 (o), Fürth 2 (o), Ingolstadt 8 (2), Kempten 2 (o), Landshut 6 (2), München 8 (2), Nürnberg 6 (2), Regensburg 5 (1), Rosenheim 3 (1), Schwabach 1 (o), Schweinfurt 4 (1), Würzburg 2 (o), Passau 3 (1), Neu-Ulm-Günzburg 2 (o), Weilheim 1 (o).

Bezirk Baden-Württemberg, 92 Delegierte:

Aalen 3 (1), Bruchsal 2 (o), Freudenstadt 2 (o), Albstadt 3 (1), Esslingen 4 (1), Freiburg 2 (o), Friedrichshafen-Oberschwaben 3 (1), Gaggenau 4 (1), Göppingen-Geislingen 3 (1), Heidelberg 4 (1), Heidenheim 3 (1), Karlsruhe 3 (1), Lörrach 1 (o), Mannheim 6 (1), Heilbronn-Neckarsulm 6 (1), Offenburg 3 (1), Pforzheim 2 (o), Reutlingen-Tübingen 4 (1), Singen 2 (o), Schwäbisch Gmünd 2 (o), Schwäbisch Hall 2 (o), Stuttgart 15 (3), Ulm 4 (1), Villingen-Schwenningen 2 (o), Waiblingen 2 (o), Tauberbischofsheim 2 (o), Ludwigsburg 3 (1).

Tagesordnung

- **1** Eröffnung und Begrüßung → **2** Konstituierung des Gewerkschaftstags
 → **3** Bericht des Vorstands → **4** Bericht der Revision → **5** Bericht des Kontrollausschusses → **6** Aussprache zu den Berichten → **7** Beratung der Anträge zu den Tagesordnungspunkten 3 und 5 betreffend die Entlastung des Vorstands und des Kontrollausschusses → **8** Beratung und Beschlussfassung über Anträge zu den Paragraphen 18 und 21 der Satzung der IG Metall → **9** Wahlen → **10** Beratung und Beschlussfassung der Anträge zur Satzung der IG Metall → **11** Referat der/des Ersten Vorsitzenden → **12** Beratung und Beschlussfassung der weiteren Anträge
 → **13** Abschluss des 21. ordentlichen Gewerkschaftstags.



MIT SOZIALER SICHERHEIT DIE MENSCHEN WIEDER GEWINNEN



Foto: Image Source

Im März steht ein runder Geburtstag an. Die Europäische Union wird 50. Doch statt Seklaune herrscht bei vielen Bürgern und Bürgerinnen Katerstimmung. 50 Jahre nach der Geburt der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verbinden viele Menschen mit Europa vor allem Brüsseler Bürokratie und Arbeitsplätze auf der Flucht in Niedriglohnländer.

Die Sorge um den Arbeitsplatz treibt viele Beschäftigte in bedrohten Industrien um. Viele erleben Europa als wachsenden Markt, in dem die soziale Sicherheit schwindet. Die Politik habe es versäumt, den Menschen diese Angst zu nehmen, sagt Horst Mund, Leiter des Funktionsbereichs Internationales/Europa beim Vorstand der IG Metall in Frankfurt. »Die europäische Integration war vor allem ein wirtschaftliches Projekt. Das Soziale stand selten im Vordergrund.«

Anfang Januar übernahm die deutsche Regierung die EU-Ratspräsidentschaft (siehe Kasten). Für die Gewerkschaften kommt es darauf an, die Weichen in der EU neu zu stellen. Damit die Menschen wieder Vertrauen in Europa gewinnen,

müsse die Politik die Erneuerung des europäischen Sozialmodells in Angriff nehmen. Für den IG Metall-Vorsitzenden Jürgen Peters hängt davon ab, wohin Europa in Zukunft steuert: in eine soziale Krise oder in eine stabile Gemeinschaft.

Sozialdumping stoppen

Dabei geht es nach Ansicht von Horst Mund nicht darum, die Sozialpolitik in Europa zu vereinheitlichen. Mit einer gewissen Vielfalt könne und müsse die Union leben. Mit Sozialdumping allerdings nicht. Damit sich die Mitgliedstaaten nicht gegen-

seitig unterbieten, schlägt die IG Metall einen sozialen Stabilitätspakt vor. Darin würden die Mitglieder einen bestimmten Anteil für Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt festlegen, der nach unten und oben begrenzt wird. »Das klingt für manche vielleicht nach zu viel Regulierung«, sagt Mund. »Aber nichts anderes machen wir in der Geldpolitik mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt. Hier darf etwa die Neuverschuldung drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten.«

Keinen Rückfall zulassen

Ein solches Projekt könnte die Europäische Einigung voran bringen. Denn trotz aller Kritik – die Gewerkschaften unterstützen die europäische Idee. »Der Rückfall in einen engstirnigen Nationalismus wäre das Gegenteil dessen, was wir heute brauchen«, sagt Peters. Schließlich steht Europa auch für 50 Jahre Frieden und Stabilität. Eigentlich ein Grund zum Feiern, auch wenn es für die meisten heute eine Selbstverständlichkeit ist. ◀

Fabienne Melzer

EU-Ratspräsidentschaft: Krise überwinden

Die Europäische Union steckt in einer Krise. Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit dämpfen die Stimmung. Von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erwarten die Gewerkschaften Initiativen, die Krise zu überwinden. Dazu gehört nach Ansicht des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) unter anderem, die europäische Sozialpolitik auszubauen und zu stärken, den europäischen Arbeitsmarkt sozial zu gestalten und die ruinöse Steuerkonkurrenz zu beenden.

► Die Serie »Europa« stellt in den kommenden Monaten die Arbeit von Gewerkschaften, Arbeitnehmervertretern und wichtige Entwicklungen in der EU vor. ◀

Die Feinstblech-packungsindustrie ist eine kleine, feine Branche in der IG Metall. Einen Era-Vertrag haben die Feinstblechner schon vor sechs Jahren abgeschlossen und umgesetzt. Und Qualifizierung im Tarifvertrag ist für sie längst kein Fremdwort mehr, sondern betrieblicher Alltag. Einen ganz besonderen Weg haben die Beschäftigten des Dosenherstellers Impress in Cuxhaven eingeschlagen: Sie haben sich im Rahmen der Qualifizierung vor allem die persönliche Weiterbildung auf die Fahnen geschrieben.

Fotos: carmen laspersen





Bedruckte Dosendeckel bei Impress: Die Auswahl ist groß, aber Hering in Tomatensauce ist und bleibt der Renner, weiß Betriebsrat Vitale di Gennaro

Tarifvertrag zur Qualifizierung bei Impress in Cuxhaven

Etwas für sich tun – und für alle

Andreas hat einen Kurs als Gruppenführer beim Technischen Hilfswerk gemacht. Michael weiß jetzt, wie man einen Garten so anlegt, dass er gut aussieht und sinnvoll bepflanzt ist. Helga hat Englisch gelernt, weil sie in der Schule keine Gelegenheit dazu hatte. Thomas hat sich in der Kommunalpolitik schlau gemacht. Und Werner ist überhaupt der »Weiterbildungskönig«, weil er regelmäßig Kurse in Aquajogging belegt hat, um seine lädierte Bandscheibe zu kurieren. Hier ist nicht von Freizeit-Aktivitäten der fünf Impress-Beschäftigten die Rede. Sie nehmen – wie fast alle ihrer rund 400 Kollegen –

ihre Rechte aus dem Tarifvertrag wahr. Und der gibt ihnen ungewöhnliche Freiheiten. Bei dem bundesweit größten Fischdosen-Hersteller einigten sich Betriebsrat und Werkleitung auf ein Qualifizierungskonzept, in dem nicht die strikt beruflichen Bedürfnisse im Vordergrund stehen. Sie sollen ihre Persönlichkeit entwickeln und etwas »für sich« tun – und das zum großen Teil während der Arbeitszeit.

Noch sind die Dosen leer, aber bald gehen sie auf die Reise und werden in ganz Europa mit Fisch gefüllt

Zeitleich mit der Qualifizierungsvereinbarung wurde die Gruppenarbeit eingeführt. Sie kann nur mit motivierten und informierten Beschäftigten funktionieren.

Kluger Deal für die Weiterbildung

Ulrich Köhler, der Betriebsratsvorsitzende, und Personalleiter Martin Blumenthal setzten sich an einen Tisch und entwickelten auf der Basis des Tarifvertrags eine Betriebsvereinbarung, die das finanzielle Fundament legt: 1,3645 Prozent der jährlichen Entgeltsumme wandern in einen Qualifizierungsfonds. Dazu kommen zwei Drittel der eingesparten Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung. Das ergab zum Beispiel im vergangenen Jahr rund 200 000 Euro, die für Seminare, Kurse oder Reisen ausgegeben werden konnten. Indirekte Kosten, etwa die Vertretung am Arbeitsplatz, trägt der Arbeitgeber. Klingt paradiesisch. »Wenn ich das Freunden erzähle, können sie das kaum glauben«, erzählt Thomas. Aber er weiß, dass Impress nicht aus reiner Menschenliebe diese Art der Weiterbildung fördert. Das Unternehmen hat realen Nutzen: Mitarbeiter, die ihren persönlichen Horizont erweitern, haben auch eher ein Auge für Probleme im Unternehmen. Nicht zuletzt deshalb sind Besichtigungen der zum Konzern

gehörigen Werke und anderer Betriebe bei den Vorgesetzten besonders gern gesehen.

Deutsche Arbeitnehmer nehmen im Vergleich seltener an Weiterbildungsmaßnahmen teil als ihre europäischen Kollegen – Impress straft diese Statistik Lügen. Hier haben 90 Prozent der Beschäftigten schon eine oder zwei »Maßnahmen« absolviert. Der Grund liegt auf der Hand: Sie können selbst Vorschläge machen, in welche Richtung sie sich qualifizieren wollen. Die Vorhaben werden mit dem Betriebsrat diskutiert. Er hat die Oberhand über das Projekt und den Weiterbildungstopf. In aller Regel befürwortet er die Pläne der Beschäftigten (Nichtraucherkurs, Kochschule, Fliesenlegen) und stimmt sie mit der jeweiligen Abteilung ab. Das unkomplizierte Vorgehen macht es auch denen leicht, die bei »Qualifizierung« eher zurückschrecken – noch ein schöner Erfolg. ◀

Gabriele Prein

Weiterbildung ist kein trockenes Thema – das zeigt ein IG Metall-Schuber mit zehn Broschüren über gute Beispiele. Bestellen über die Verwaltungsstellen. Internet: ► www.igmetall.de ► IG Metall-Shop ► Gute Praxis

»Vom Profit müssen alle profitieren – Plus ist Muss«

Motto der Tarifrunde 2007



Foto: Bernhard Prieß

Robert Chwalek, Betriebsrat bei Weidmüller (Elektro) in Detmold:

»Seit 2004 sind wir auf einem guten Weg. Weidmüller hat Werke in Rumänien und China, aber einige Bereiche wurden schon wieder zurückgeholt. Die höheren Löhne hier sind kein Problem: Man hat erkannt, dass nicht nur die Herstellung betrachtet werden darf, sondern die gesamten Prozesskosten sehen muss.«



Foto: Goldhard Jurschek

Thomas Anhuth, Betriebsrat bei Bomag in Boppard:

»Der Baumaschinenbranche geht es so gut wie nie. Bomag ist Weltmarktführer bei Straßenwalzen. 2003 lag der Umsatz bei 295 Millionen, 2006 bei 406 Millionen. 2007 rechnet das Unternehmen mit weiteren Steigerungen. Für das letzte Jahr gibt es jetzt eine Bonuszahlung von 2,5 Prozent des Jahresbrutto.«

Wirtschaft bleibt auf Erfolgstrip

Die Zeiten für Tarifrunden waren schon schlechter. Die Konjunktur läuft so gut wie selten. Viele Unternehmen haben prallvolle Auftragsbücher und fahren Rekordgewinne ein. Und sogar die Arbeitslosigkeit geht leicht zurück.

Ein Wort hätte gute Aussichten, »Fanmeile« als Wort des Jahres abzulösen: »Rekord«. In den Medien blitzte es im Januar nur so von Schlagzeilen wie: »Aufschwung und kein Ende – Maschinenbau steht vor weiterem Rekordjahr«, »Flachbildschirme beschenken Elektrobranche Rekordergebnisse«, »Deutsche Stahlkocher auf Rekordkurs«, »Audi fährt Rekord ein«, »BMW will nach Absatzrekord auch 2007 Gas geben«, »Nutzfahrzeughersteller erzielen 2006 neuen Exportrekord«, »Deutsche Exporte legen weiter extrem zu – neuer Rekordwert erreicht«. Der Erfolg lässt sich in nackten Zahlen messen. 2006 wuchs die Wirtschaft im Vergleich zu 2005 um 2,5 Prozent, soviel wie seit sechs Jahren nicht mehr. Der Präsident des Statistischen Bun-

desamts Walter Rademacher hält den Boom für keine »Eintagsfliege«.

Das tun die Unternehmer offenbar auch nicht. Rund 40 Prozent beabsichtigen, 2007 mehr zu investieren. Fast 30 Prozent wollen mehr Leute einstellen. Das stellte das Ifo-Institut in einer repräsentativen Umfrage fest. Die höheren Einkommen, die die Unternehmen nach der Tarifrunde zahlen müssen, werden an den ehrgeizigen Plänen kaum etwas ändern. Zwar predigen die Metall-Arbeitgeber wie in jeder Tarifrunde, die Lohn-erhöhungen müssten bescheiden ausfallen, um Arbeitsplätze in Deutschland zu halten. Aber die Zahlen für 2006 zeigen, dass Tarifierhöhungen keine Jobkiller sind: Von Januar bis Mai verdienten zwischen 3,386 und 3,390 Millionen Menschen ihr Geld in der

Die Warenexporte aus Deutschland brachen auch 2006 wieder alle Rekorde



Metallindustrie. Im Juni stiegen die tariflichen Entgelte um drei Prozent. Und siehe da: Im Juli wuchs die Zahl der Beschäftigten in den Metallbranchen um 20 000 und bis September sogar um noch mal fast 30 000.

In den Metallfirmen entwickelte sich die Konjunktur noch besser als in der Gesamtwirtschaft. Und das wird dieses Jahr so weitergehen, wenn die Wirtschaftsforschungsinstitute mit ihren Prognosen nicht völlig daneben liegen: Sie rechnen mit bis zu 7,9 Prozent Wachstum. Dafür haben die Beschäftigten kräftig Vorarbeit geleistet. Die Produktivität ist in der Metallindustrie im vergangenen Jahr um über sieben Prozent geklettert, die Kosten pro hergestelltem Teil (»Lohnstückkosten«) sind um 4,2 Prozent gesunken. Löhne und Gehälter fallen bei den gesamten Kosten der Unternehmen immer weniger ins Gewicht. Sie machen nur noch

16,5 Prozent des Umsatzes aus. In keinem anderen Land der EU sind die Arbeitskosten zwischen 2000 bis 2005 so schwach gestiegen wie hier.

In diesen fünf Jahren wuchsen die Entgelte in der Gesamtwirtschaft pro Beschäftigten um magere 4,9 Prozent. Die Gewinne der Kapitalgesellschaften kletterten dagegen um 42,8 Prozent, also neun Mal so stark. 2006 wurde die Einkommensschere noch etwas größer, wie das Statistische Bundesamt kürzlich feststellte. Zum siebten Mal hintereinander bekamen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein kleineres Stück vom Kuchen ab als Unternehmer und Vermögende.

Wenn nichts umverteilt würde, sondern nur die gestiegenen Preise und Produktivitätsfortschritte berücksichtigt würden, läge der Spielraum für Lohnerhöhungen in der Gesamtwirtschaft bei 4,1 Prozent, errechnen

Fahrplan

Ab Mitte März wird überall über neue Tarifverträge verhandelt

- **6. Februar:** IG Metall-Vorstand empfiehlt die Tarifforderungen.
- **26. Februar:** IG Metall-Vorstand beschließt die Forderungen und die Kündigung der Tarifverträge für die Metall- sowie die Holz- und Kunststoffindustrie.

- **Mitte März:** Verhandlungen beginnen.
- **31. März:** Tarifverträge laufen aus.
- **28. April:** Im Westen endet die Friedenspflicht (Im Osten ist sie in keinem Abkommen geregelt). Von jetzt an sind Warnstreiks bundesweit möglich. ◀

ten die Wirtschaftsexperten der IG Metall. In der Metallindustrie wären bis zu 6,5 Prozent finanzierbar, in der Holz- und Kunststoffindustrie bis zu sechs Prozent.

Weil so offensichtlich ist, wie gut es der Wirtschaft geht, hat selbst Martin Kannegiesser, der Präsident des Arbeitgeberverbands Gesamtmetall, schon früh eingeräumt, dass die Beschäftigten »angemessen beteiligt« werden müssen. Aber er will, dass die prozentuale Erhöhung, auf der künftige Einkommensteigerungen aufbauen, möglichst klein bleibt. Hinzu kommen soll nur eine einmalige »Konjunkturzulage«, von der die Beschäftigten langfristig nichts hätten.

Trotz guter Lage: Die Tarifrunden werden keine Selbstläufer. »Tarifrunden entscheiden sich nicht mit dem Rechenstift«, sagt Berthold Huber, der für Tarifpolitik zuständige Zweite Vorsitzende der IG Metall. Es komme immer auch darauf an, wie stark die IG Metall ist und wie viele Menschen für ihre Ziele eintreten. »Im Zweifelsfall können wir uns nur auf uns selbst verlassen.« ◀

Sylvia Koppelberg



Foto: transil-leipzig / Eiler

Jens Köhler, Betriebsrat bei BMW in Leipzig:

»Die Auftragsbücher sind voll. Die zum Jahresende angepeilte Maximalauslastung wird schon im Frühjahr erreicht. Ab Frühjahr wird ein zweites Modell hier gebaut. BMW Car Group will den Gewinn weltweit von 3,6 Milliarden Euro 2005 auf vier Milliarden Euro 2006 steigern. Es sieht so aus, als würde dieses Ziel erreicht.«



Foto: Mark Mühlbauer / attensio

Gerd Ahrens, Betriebsrat bei Dyes (Büromöbel) in Bad Münde:

»Wir haben eine lange Durststrecke hinter uns. Jetzt geht es auch bei uns bergauf. Im vierten Quartal 2006 haben wir das Vorjahresergebnis um 18 Prozent übertroffen. Die Beschäftigten wissen, dass die Pro-Kopf-Produktivität jedes Jahr in zweistelligen Prozentzahlen steigt. Sie wollen langsam etwas vom Kuchen abhaben.«



Foto: picture-alliance / dpa / Mechtent

Erich Klemm, Konzernbetriebsrat bei Daimler-Chrysler in Stuttgart:

»Daimler-Chrysler steht im operativen Geschäft gut da. Die deutschen Belegschaften haben immer wieder Rekordzahlen erwirtschaftet. 2006 verkündete der Vorstand zehn Prozent Produktivitätssteigerung. Die Menschen erwarten, dass sich die gestiegenen Leistungsanforderungen und die gute Wirtschaftslage im Entgelt niederschlagen.«



Foto: picture-alliance / dpa / Gambini

Leiharbeit

Zwei-Klassen-Betriebe

Es wird wieder mehr eingestellt. Aber jede zweite neue Stelle entsteht bei einer Zeitarbeitsfirma. Zwei von drei Leiharbeitern landen in einem Metallbetrieb. In der Metallindustrie ist in einigen Firmen schon jeder dritte Beschäftigte Leiharbeitnehmer. Betriebsräte und IG Metall wollen den Marsch in die »Zwei-Klassen-Gesellschaft im Unternehmen« stoppen.


Fotopicture-alliance / ZB / Wolf / Montage

Als Denis Barchatow aus Kasachstan nach Deutschland kam, hatte er auf dem Arbeitsmarkt schlechte Karten. Seine Ausbildung wurde hier nicht anerkannt, einen neuen Ausbildungsplatz fand er nicht. Er heuerte bei einer Zeitarbeitsfirma an. Die hatte immer mal eine Woche Arbeit für ihn, dann ein paar Monate nichts. Nach einem Jahr Arbeitslosigkeit meldete er sich bei der Zeitarbeitsagentur Gabis. Sie vermittelte ihn im Mai 2005 an das Lkw-Werk von Daimler in Wörth – und zahlte ihm den Metall-Tariflohn.

Gabis ist eine besondere Zeitarbeitsfirma: Sie ist gemeinnützig; zu ihren Gesellschaftern gehören die Stadt Speyer, ein DGB-Kreis und die Kirchen. »Wir haben von Anfang an gesagt: Wir stimmen der Leiharbeit nur zu, wenn es Equal Pay gibt«, berichtet Gerd Rheude, der Betriebsratsvorsitzende. Die Leiharbeiter müssen also die gleichen Löhne wie die fest Angestellten erhalten. Denis bekam zuerst einen Vertrag für ein halbes Jahr, dann für acht Monate. Der wurde dann noch mal verlängert. »Es war eine schlimme Zeit«, sagt der 24-Jährige, dessen Frau bald ein Kind erwartet. Trotz Equal Pay. »Immer die Angst, bald wieder auf der Straße zu stehen.« Betriebsrat Jürgen Hess sagt: »Fast täglich kommen junge Leute zu mir und fragen: Wann werde ich übernommen? Viele haben kleine Kinder. Sie können nichts planen. Wenn sie von der Bank einen Kleinkredit haben wollen, werden sie wieder weggeschickt, weil sie keine feste Arbeit haben.« Denis kann jetzt sein Leben planen. Seit Januar ist er fest angestellt im Lkw-Montagewerk bei Daimler in Wörth.

Zwei arbeiten zusammen, tun das Gleiche, bekommen aber nicht das gleiche Geld – die Zunahme der Leiharbeit gefährdet die Tarifstandards und verunsichert die Belegschaften

Der Betriebsrat hat durchgesetzt: Wenn Leiharbeiter und Arbeiter mit befristeten Verträgen jeweils mehr als vier Prozent der Belegschaft ausmachen, muss fest eingestellt werden. Im vergangenen Jahr gelang es ihnen so, dass über 670 Menschen Dauerarbeitsverträge bekamen. Die IG Metall will, dass solche Beispiele überall Schule machen: Leiharbeit soll begrenzt werden und Leiharbeiter sollen die gleichen Löhne wie die anderen bekommen.

Zurzeit können viele Leiharbeitnehmer von Verhältnissen wie bei Daimler in Wörth nur träumen. Das angebliche »Sprungbrett« in den festen Job entpuppt sich oft als Trampolin, bei dem die Springer ganz schnell wieder unten landen. Fast 34 Prozent sind nach der Arbeit bei einer Verleihfirma arbeitslos, 25,5 Prozent wieder Leiharbeiter.

Billiger Ersatz

Bei Infineon in Dresden steht fast jeder Vierte auf der Lohnliste eines Zeitarbeitsfirma, bei Airbus und bei BMW in Leipzig fast jeder Dritte. In einer Konferenz des IG Metall-Projekts »Gute Arbeit« berichteten Teilnehmer von Firmen, in denen schon die Hälfte Leiharbeiter sind. Ein Grund für den Boom sind die Hartz-Reformen: Seit 2003 können Leiharbeiter unbegrenzt im Kundenbetrieb arbeiten. Damit sind sie für Firmen nicht mehr nur in den Fällen attraktiv, für die sie eigentlich gedacht waren: bei Auftragsspitzen, Urlaubs-, Schwangerschafts- oder Krankheitsvertretungen, sondern als dauerhafter billiger Ersatz für fest Angestellte.

Gut eine halbe Million Menschen hat die Zeitarbeitsbranche nach eigenen Angaben unter Vertrag, bis 2010 wollen sie die Millionen-Grenze überspringen. Ein lukrativer Markt: Adecco, einer der Größten der Branche, steigerte den Ertrag im zweiten Quartal 2006 um 35 Prozent, Reingewinn: 135 Millionen Euro. Manpower erzielte im ersten Quartal 2006 52,6 Millionen Euro Gewinn.



Denis Barchatow, 24, war ein Jahr arbeitslos, bevor er Leiharbeiter im Lkw-Werk von Daimler-Chrysler in Wörth wurde. Seit Januar ist er fest eingestellt

Leiharbeit erscheint Firmen aus einer Reihe von Gründen attraktiv. Die Bezahlung nach den Tarifverträgen, die die DGB-Gewerkschaften mit der Zeitarbeitsbranche ausgehandelt haben, liegt deutlich unter den Metall-Tarifen. Und wenn Leiharbeiter nicht mehr gebraucht

Schub erhält, wenn das Schicksal der Leiharbeiter ständig präsent ist.

Eine verunsicherte Belegschaft und eine wachsende Gruppe, für die die Metall-Tarifverträge gar nicht gelten, untergraben die erreichten Tarifstandards. Und sie schwächen die gewerkschaftliche Kampfkraft in Tarifauseinandersetzungen. Den Schaden haben alle Beschäftigten. Die, die schlecht bezahlte, unsichere Jobs haben. Und die anderen.

Ungleicher Lohn

Monatseinkommen nach den Metall-Flächentarifverträgen für Nordrhein-Westfalen und den Tarifverträgen mit dem Zeitarbeitsverband BZA, – in Euro –

Unterste Lohngruppe (Eingangsstufe):



Ecklohn (Eingangsstufe):



Ecklohn nach 6 Monaten:



Quelle: IG Metall, Tarifpolitik, © metall-grafik

Hilferuf an Abgeordnete

Die Betriebsräte von Infineon Technologies und Qimonda in Dresden haben sich in einem Brief an die Bundestagsabgeordneten gewandt. Darin klagten sie über die »schleichende Verdrängung fester Arbeitsplätze«. In der Produktion würden frei werdende Dauerarbeitsplätze fast nur noch mit Leiharbeitern besetzt. »Damit haben wir dauerhaft eine Zwei-Klassen-Gesellschaft im Unternehmen.« Das Schreiben schickten sie schon im vergangenen Jahr ab. Reaktion aus den Regierungsparteien? Keine. ◀

Sylvia Koppelberg

Netzwerk der IG Metall für Menschen in Zeitarbeit

Wissen sammeln, informieren und Kontakte knüpfen: mit »ZOOM« im Internet

► **www.igmetall-zoom.de** Unter dieser Adresse können Leiharbeiterinnen und -arbeitnehmer sich informieren, zum Beispiel über ihre Rechte, über Arbeitsverträge, Tarifverträge, Betriebsvereinbarungen zu Leiharbeit und anderes. Im **ZOOM-Forum** besteht die Möglichkeit, Kontakt zu anderen Zeitarbeitnehmern bundesweit zu knüpfen und Wissen und Erfahrungen auszutauschen. Auch Betriebsräte aus Entleihbetrieben können sich in ZOOM informieren. ZOOM steht für »ZeitarbeiterInnen ohne Organisation machtlos«.

► **Arbeitskreise »Menschen in Zeitarbeit«:** Einige IG Metall-Verwaltungsstellen haben Anlaufstellen und Infotreffe gebildet. Mehr unter: www.igmetall-zoom.de

► **Prekäre Arbeit:** Das ist der Titel einer neuen Broschüre des IG Metall Projekts »Gute Arbeit«. Darin geht es um alle Formen »prekärer« Arbeit, wie geringfügige Jobs, befristete Stellen und Leiharbeit. Das Heft kostet 3,20 Euro (ohne Versand). Es kann in den Verwaltungsstellen bestellt werden. ◀

Drei kleine Buchstaben sorgen in einigen Betrieben zurzeit für schlechte Stimmung. Seit manche Arbeitgeber versuchen, mit der Einführung des Entgeltrahmen-Tarifvertrags (Era) die Einkommen ihrer Beschäftigten zu drücken, schlagen die Wellen der Empörung hoch.

Da werde unnötig Vertrauen zerstört, sagt Michael Brecht, Era-Verantwortlicher im Daimler-Chrysler-Gesamtbetriebsrat. Beim Stuttgarter Konzern brodelte es in den vergangenen Wochen gewaltig. Auf der Arbeitgeberseite hätten sich manche wohl das Ziel gesetzt, den Era auf niedrigstem Level einzuführen und möglichst viele Beschäftigte abzugruppieren. »Einige führen hier offenbar einen Glaubenskrieg«, sagt Brecht.

Dabei sollte mit Era ein neues Tarif-Zeitalter anbrechen. Die alten Arbeitsbeschreibungen stammten aus den 60er Jahren. Da war noch von Lochkarten die Rede und der Computer als Arbeitsgerät unbekannt. Era löst das alte System von Löhnen und Gehältern ab. Beschäftigte werden nicht mehr in Arbeiter und Angestellte aufgeteilt, sondern nach ihren Aufgaben bezahlt. Die Entgelte sollten nach oben und unten jeweils schrittweise angepasst werden. Auch wer nach der Eingruppierung weniger verdient und zu den sogenannten Überschreitern zählt, behält sein Einkommen. Nur wird ein Teil mit den künftigen Tarifierhöhungen verrechnet. Zwar bekommen bei Daimler-Chrysler die Überschreiter in den nächsten Jahren sogar die vollen Tarifierhöhungen. Doch das ist für die meisten kein Trost. Eine Abgruppierung

»Da wurde unnötig Vertrauen zerstört«

Der Entgeltrahmen-Tarifvertrag, kurz Era, soll die Bezahlung gerechter machen. Egal, ob Blaumann oder Krawatte – wer qualifiziert ist, muss entsprechend bezahlt werden. Eine gute Idee. Aber einige Arbeitgeber missbrauchen sie, um Einkommen zu drücken.



Bei Daimler-Chrysler brodelte es. Das Unternehmen will viele Beschäftigte abgruppieren

kratzt am Selbstwertgefühl. Schließlich geht es darum, was die eigene Arbeit wert ist. Die Betriebsräte gehen gegen die Abgruppierungen vor. Die Entgelt-Absicherung sei

schließlich kein Freibrief, die Arbeit der Kollegen zu entwerten.

Mit Era Kosten sparen, das will offenbar das VDE-Prüfinstitut in Offenbach. Dabei ist das Unternehmen gar nicht tarifgebunden. Der Betriebsrat ahnte Böses, und rechnete durch. »96 Prozent der tariflichen Beschäftigten würden nach der Neueingruppierung weniger bekommen als bisher«, sagt Betriebsratsvorsitzender Rainer Elsinger. Era diene hier nur einem Ziel: die Einkommen der Beschäftigten zu drücken. »Die Geschäftsführung lehnt einen Anerkennungstarifvertrag ab, aber Era soll eingeführt werden«, empört sich Elsinger. Der Betriebsrat hat den Eingruppierungen widersprochen und klagt vor Gericht.

Auch Siemens will seinen Beschäftigten ans Geld. Der Konzern brummt und will dennoch massiv abgruppieren. Für viele ist die ehemals heile Siemens-Welt zusammengebrochen. Nun wächst der Widerstand. In Erlangen demonstrierten Siemens-Sekretärinnen im Dezember gegen ihre Abgruppierung. Selbst gewerkschaftsferne Beschäftigte sehen das Unternehmen eher in einem kritischen Licht. Andrea Fehrmann, beim IG Me-

Positive Beispiele

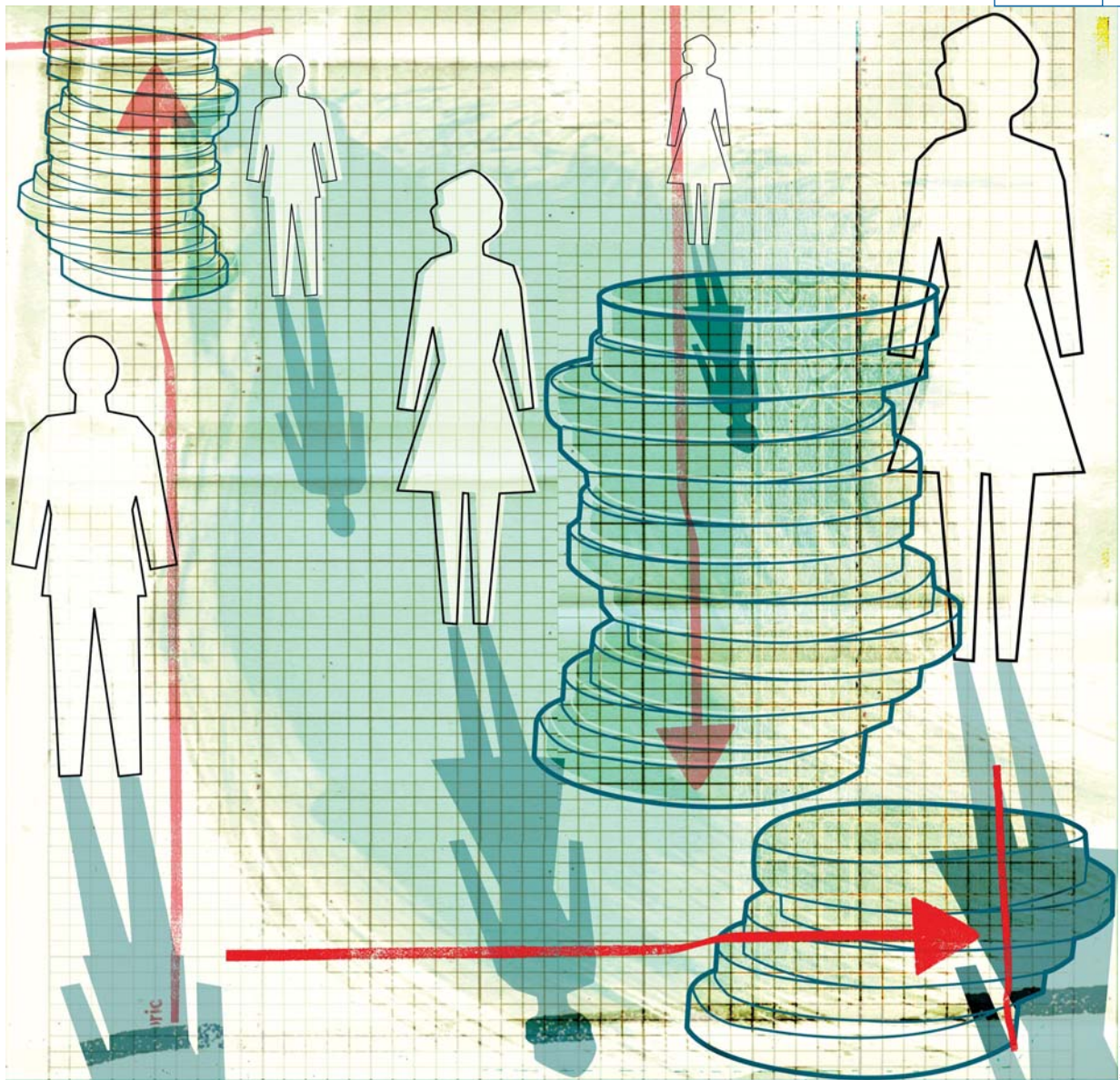
Richtung eingruppiert statt einmal abgruppiert

► **Schmitz & Söhne GmbH & Co KG, Wicke** Für die Arbeitsbeschreibungen ließen sich Betriebsrat und Geschäftsleitung fast eineinhalb Jahre Zeit. So konnten Streitfälle bereits vor der Era-Einführung geklärt werden. Besonders positiv: Beschäftigte, denen eine Abgruppierung droht, werden entsprechend qualifiziert.

► **Sauer und Sohn, Eckernförde** Entgegen den Plänen des Unternehmens gab es bei dem Waffenhersteller kaum Abgruppierungen. Die IG Metall-Verwaltungsstelle Rendsburg bot in Mitgliederversammlungen an, Era-Eingruppierungen selbst durchzuspielen. Das brachte den Beschäftigten Geld und der IG Metall einen Mitgliederzuwachs von zehn Prozent.

► **Robert Bosch GmbH** Termine und Fristen wurden deutlich verlängert. Die Effektiventgeltsumme ist zu 100 Prozent gesichert. Für Überschreiter gilt: Nur zwei bis vier Prozent des Entgelts können mit künftigen Tarifierhöhungen verrechnet werden. Möglich wären zehn. Drohen Abgruppierungen, müssen Ersatzarbeitsplätze und Qualifizierungen angeboten werden. Über 54-Jährige haben kein Anrechnungsrisiko.

► **ZF, Friedrichshafen** Auf ein Ergebnis sind die Betriebsräte besonders stolz: Sie handelten mit ihrem Arbeitgeber aus, dass zwei Drittel der Beschäftigten nach ihrer Eingruppierung auf jeden Fall mehr verdienen. Beschäftigte ab 48 Jahre sind vor jeglicher tariflicher Anrechnung geschützt. ◀



Entgelt rauf oder runter? Gute Eingruppierungen sind eine Frage von Wissen

tall-Siemens-Team zuständig für ERA, sieht darin auch eine Chance. »Wir müssen den Unmut organisieren und Beziehungen zu den bisher Unorganisierten aufbauen.«

Denn wo Beschäftigte sich gemeinsam gegen Abgruppierung wehren, haben sie Erfolg. Bei MAN in Gustavsburg wollte der Arbeitgeber mit Era satte zehn Prozent Lohnkosten einsparen. Nach einer zweitägigen Protestveranstaltung im November nahm die Geschäftsleitung die Kosteneinsparung vom Tisch. Die Entgelte steigen nun um insgesamt 2,8 Prozent. »Ohne die Geschlossenheit der Belegschaft und eine starke IG Metall im Betrieb wäre das nicht möglich gewesen«, sagt Armin Groß, Erster Bevollmächtigter der IG Metall Mainz-Worms.

Gute Eingruppierungen sind eine Frage von Wissen. Wo Kolleginnen und Kollegen geschult und beteiligt werden, gibt es bessere Regelungen. Die IG Metall Ludwigsfelde in Brandenburg bietet deshalb vor Ort Schulungen zu Era an. »Nicht nur die Betriebsräte, sondern auch die Vertrauensleute sind topfit in Sachen Era«, sagt Gewerkschaftssekretär Andreas Kahnert, der in Ludwigsfelde für Era verantwortlich ist.

Pilotbetrieb war INA-Schaeffler in Luckenwalde. Auch hier wollte der Arbeitgeber abgruppieren und Kosten senken. Doch von den 412 Beschäftigten kamen 385 Widersprüche. Für 345 Beschäftigte wurde eine höhere Eingruppierung erstritten. Von den eingeschlagenen Pflöcken bei INA-Schaeffler profitieren auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Betriebe. Selbst die Arbeitgeber sind vorsichtiger geworden.

Stärker und besser mit dem Era? »Früher waren wir bei INA-Schaeffler nicht stark. Viele treten jetzt ausdrücklich wegen der guten Arbeit beim Era in die IG Metall ein«, freut sich Kahnert. Der im Osten zehrende Mitgliederrückgang ist in Ludwigsfelde gestoppt. Im Jahr 2006 ist die Zahl der IG Me-

tall-Mitglieder sogar gewachsen. Beim Thema Era bleibt man selbstbewusst: »Wir werden in keinem Betrieb unter zwei Prozent Entgeltsteigerung mit Era kommen.«

Dirk Erb/Fabienne Melzer

Anzeige

Ohne Führerschein!

3 Euro in Briefmarken zusenden
- Prospektversand erfolgt!

10 15 25



www.gamma-fahrzeuge.de

C9

GAMMA MT9 • Elmespöten 10 • 59602 Rüthen
Tel. 02952/3304 • Fax 3309

Schönes Praxisbeispiel für **alternative** Energien



Foto: IAI

Fotovoltaikanlage in Inzell: Auf Umweltschonung umgestellt

metall 12/2006: Titel: Rohstoffe sparen

► Mit großem Interesse habe ich eure Titelgeschichte gelesen. Ein kleiner Hinweis von mir: Die Kritische Akademie, eine Einrichtung der IG Metall, wäre sicher auch ein schönes Praxisbeispiel für alternative Energien und Umweltschonung. Wir haben eine riesige Fotovoltaikanlage auf dem Dach, letztes Jahr von Öl auf Holzhackschnitzel umgestellt, unsere großen Wiesen rund ums Haus werden seit 20 Jahren nicht gedüngt. Das hat dazu geführt, dass viele Arten von geschützten und seltenen Pflanzen dort gedeihen und diese Bereiche daher unter Naturschutz stehen. Vielleicht wäre das auch mal einen Artikel wert, zumal wir noch einige andere Besonderheiten haben, die mit unserem Haus zu tun haben.

Werner Heß, Kritische Akademie Inzell

► Mag ja sein, dass ich schon ein bisschen hinter der Zeit bin (Studium in den 50er Jahren). Ich glaube aber nicht, dass ein heutiger durchschnittlicher Metaller mit dem Begriff »ein Peta-Joule« etwas anfangen kann, zumal die üblichen Nachschlagewerke beim Begriff »Tera« (10^{12}) aufhören. Bei solch hohen Zahlen solltet ihr anschauliche Beispiele mit angeben.

Christian Müller, Bischofswerda

Anmerkung der Redaktion: Kollege Müller hat Recht. Wir liefern den Begriff nach: »Peta« (P) ist die Abkürzung für eine Billiarde »Joule« (10^{15}) und die international verbindliche physikalische Maßeinheit für die Energie.

Kapitalismus pur

metall 12/2006: Wenn der Staat sein letztes Hemd verkauft

► Endlich gibt es eine fundierte Argumentation gegen die Privatisierungswelle, die über unser Land hinweg rollt. Die Politik bei uns hat mit »Sozialpartnerschaft« oder »sozialer Marktwirtschaft« rein gar nichts mehr zu tun. Was wir erleben, ist Kapitalismus pur. In unserem Wirtschaftssystem

scheint nur die Erzielung von Höchstprofiten Richtschnur des Handelns zu sein.

Karl Bühn, Möglingen

Erinnerung geweckt

metall 12/2006: Rätsel

► Herzlichen Dank für den mir zugesandten Steiff-Teddy. Ich habe ihn Weihnachten an meine kleine Enkelin weiter geschenkt. Sie mit dem Teddy als Mitglied der IG Metall zu werben, ist noch zu früh. Mit dem Bär wurde ich an die Nachkriegszeit erinnert, als ich mir zu Weihnachten einen Bär gewünscht habe, meine Eltern aber mit ihren vielen Kindern nicht in der Lage waren, so etwas zu bezahlen.

Karl Pützer, Düren

E-Mail:

metall-leserpost@igmetall.de

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Leserbriefe können nur bei Angabe der Adresse veröffentlicht werden. Die vollständige **metall**-Ausgabe steht auch im Internet.

Impressum

metall Das Monatsmagazin der IG Metall

Herausgeber: Jürgen Peters, Berthold Huber, Bertin Eichler

Anschrift: **metall**-Redaktion
Wilhelm-Leuschner-Straße 79
60329 Frankfurt am Main
Telefon 069-66 93-24 45,
Fax 0 69-66 93-80-2000
E-Mail: metall-redaktion@igmetall.de

Redaktionsleiter: Werner Hoffmann
(verantwortlich im Sinne des Presserechts)

Chefin vom Dienst: Susanne Rohmund
Redaktion: Fritz Arndt, Martina Helmerich, Sylvia Koppelberg, Fabienne Melzer, Antonela Pelivan, Gabriele Prein

Gestaltung: Gudrun Wichelhaus
Bildredaktion: Michael Schinke

Sekretariat: Birgit Büchner
Internet: www.igmetall.de/metall

Anzeigen: Patricia Schledz
Telefon 061 51-81 27-0,
Fax 0 61 51-89 30 98
E-Mail: schledz@zweiplus.de

Vertrieb: Reinhold Weißmann
Telefon 069-66 93-22 24,
Fax 0 69-66 93-25 38
E-Mail: vertrieb@igmetall.de

metall erscheint monatlich (zehn Mal im Jahr). Für Mitglieder der IG Metall ist der Bezug im Beitrag enthalten.
Druck: apm AG, Darmstadt.



Für Sehbehinderte

Angebot für sehbehinderte und blinde Mitglieder: **metall** gibt es als Word- oder pdf-Datei. Bestellung an: vertrieb@igmetall.de

Im Frühjahr 2004 wurde Ali Naghi bundesweit bekannt: Der gelernte Ingenieur mit der randlosen Brille und dem tadello- sen Benehmen führte den Streik der Be- schäftigten beim Roll- treppenhersteller Otis an. Weit über Niedersachsen hinaus drückten Menschen den 360 Beschäftigten die Daumen für Erfolg in ihrer Sache. Die Schließung des Werks war längst be- schlossene Sache, es ging um bessere Be- dingungen für den Ab- schied. Es war ein bitterer Kampf.

Ali Naghi auf der Rolltreppe: Der Kampf um das Otis-Werk in Stadthagen hat viel Kraft gekostet

das Kind und das neu gebaute Haus. Sie sollte Recht behalten. Als die Schließungspläne des amerikanischen Otis-Managements entdeckt werden und der Streik als letzter Ausweg bleibt, kriselt die Ehe. Aber sie hält. Pari spürt, wie schwer die Verantwortung auf Ali lastet – und stärkt ihm den Rücken. Er braucht Menschen, zu denen er Vertrauen hat. Es sind nicht viele. Zwar wächst im Betriebsrat, unter Vertrauensleuten und Beschäftigten in den Wochen des Arbeitskamps ein Zusammengehörigkeitsgefühl, das vorher unvorstellbar war. Aber die Entscheidungen fällt Ali Naghi allein, immer gemeinsam mit der IG Metall vor Ort, aber doch allein. Verhandlungen aufnehmen? Den Streik aussetzen? Viele beraten die Lage, doch einer trägt die Verantwortung.

Ins Loch gefallen

Das hat viel Kraft gekostet. Ali Naghi ist heute nicht mehr der Mann, der er früher war. Nach dem Streik fiel er in ein Loch, musste sein Leben ganz neu sortieren. Otis war vorbei und die Berufsperspektive als Ingenieur wenig rosig. »Mit meiner Vergangenheit? Ich hätte mehrere Stellen haben können, sehr gute sogar. Aber wenn sie erfuhren, dass ich den Otis-Streik geführt hatte, war der Ofen aus.« Andere Möglichkeiten zerschlugen sich. Es ging ihm wie vielen seiner Otis-Kollegen: Transfergesellschaft, Unsicherheit, der Versuch, als Selbstständiger weiter zu suchen.

Bis er vor ein paar Wochen von der Transfergesellschaft »Phönix« angesprochen wurde. Hier kann er all seine Erfahrungen und Talente einsetzen: Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, Mut machen und sie bei der Stellensuche unterstützen. Ein Job mit Zukunft – leider. »Man hat viel mit Elend zu tun.« Denn immer mehr Arbeitnehmer finden sich in einer Situation wieder, in der sie sich nach Firmenschließungen oder -verlagerungen beruflich neu orientieren müssen. Aber immer wieder gibt es auch Erfolge, wenn jemand auf einen neuen Arbeitsplatz vermittelt werden kann. Ein gutes Gefühl. Ali Naghi weiß, wovon er spricht.

Und noch eine Erfahrung aus seinen Otis-Tagen versucht er weiterzugeben: »Allein schaffst du es nicht. Als Arbeitnehmer oder auch ohne Arbeit braucht man eine starke Gemeinschaft wie die IG Metall. Sie kann nicht alle Probleme lösen. Aber viele.«

Gabriele Prein

Zu Besuch bei

Ali Naghi

Was die Frauen und Männer bei BenQ zurzeit erleben, hat Ali Naghi schon lange hinter sich. Der letzte Tag im Büro, der letzte Blick in die Fabrikhalle, das letzte Türeschließen. Das vergisst man nicht. Zu viele Erinnerungen hängen an Otis – gute und traurige, so viele traurige. Wenn Ali erzählt, was sich vor knapp drei Jahren ereignete, spricht er schnell, seine Stimme wird erregt. Der Niedergang von Otis in Stadthagen war die Chronik eines lang angekündigten Todes, aber niemand wollte ihn wahrhaben. Schon zwei Entlassungswellen hatte es gegeben. Zweimal hatten die Beschäftigten zusehen müssen, wie Teile ihrer Produktion in die Tschechische Republik verlagert wurden – weil dort billiger gearbeitet werde. Die Zahl der Mitarbeiter war zwischen 1997 und 2003 von 890 auf unter 400 gesunken. In diesen Tagen des Abbaus wurde der Forscher und Entwickler Ali Naghi,

der seit Ende der 80er Jahre bei Otis arbeitete, aktiv. Er wollte nicht tatenlos zuschauen, wie das Unternehmen mit seinen Leuten umsprang: »Ich konnte nie die Klappe halten.« Er wird gedrängt, sich in den Betriebsrat wählen zu lassen – und wird gewählt. Da fühlte er sich selbst noch nicht vom Jobabbau bedroht. Was sollte einem Ingenieur in einem gewinnbringenden Betrieb schon geschehen? Braucht so einer die IG Metall? Wozu? Obendrein erschienen ihm, dem politischen Exilanten, die deutschen Gewerkschaften als eine eher zahme Veranstaltung. Frisch im Betriebsrat entdeckte er allerdings schnell, dass er ohne gewerkschaftlichen Hintergrund auf verlorenem Posten stünde. Er wird Mitglied in der IG Metall. Als er seinen Beruf vorerst an den Nagel hängt und sich als Betriebsrat freistellen lässt, ist die Begeisterung in der Familie gedämpft. Seine Frau Pari fürchtet eine unsichere Zukunft für

Foto: Marc Mühlhaus / atzenzone

Pensionsfonds

Altersvorsorge mit Risiko

Seit 2002 können Beschäftigte in Deutschland ihr Geld für die Betriebsrente in einen Pensionsfonds investieren. Ein Angebot für Arbeitnehmer, die mehr wagen wollen – in der Hoffnung, auch mehr zu gewinnen. Bisher sind das nur ganz wenige. Die meisten gehen lieber auf Nummer sicher.

Pensionsfonds unterscheiden sich von der Direktversicherung und der Pensionskasse dadurch, dass sie bei der Vermögensanlage ein höheres Risiko eingehen können. Sie können das eingezahlte Kapital unbegrenzt in börsennotierte Anlagen anlegen. Bei Pensionskassen ist der Aktienanteil dagegen gesetzlich auf maximal 35 Prozent beschränkt. Dadurch bieten Pensionsfonds die Chance auf höhere Renditen als bei festverzinslichen Anlagen, bergen aber auch höhere Risiken.

Förderarten: Es sind die gleichen wie bei den anderen Wegen der betrieblichen Altersversorgung, zum Beispiel der Pensionskasse. Wer Nettoentgelt in Beiträge zur Altersvorsorge umwandelt, erhält Zulagen (Riesterförderung). Wer Beträge aus dem Bruttolohn an den Pensionsfonds überweist, spart Steuern und – bis einschließlich 2008 – Sozialbeiträge.

Ansprüche: Wer sein Geld in einem Pensionsfonds anlegt, hat einen Anspruch darauf, dass mindestens die eingezahlten Beiträge gesichert sind, er sie also bei durchschnittlicher Lebenserwartung zurückerhält. Eine Verzinsung müssen die Fonds nicht garantieren.

Sicherheiten: Renten aus einem Pensionsfonds sind im Falle der Zahlungsunfähigkeit



Illustration: PD

Interview

»KEIN GELD IN HEIKLE ANLAGEN«

metall sprach mit Antonius Engberding, Experte für betriebliche Altersvorsorge beim IG Metall-Vorstand, über Pensionsfonds.

metall: Die Menschen sollen mehr privat fürs Alter vorsorgen. Bieten sich dafür Pensionsfonds an – obwohl sie in letzter Zeit arg ins Gerede gekommen sind?

Engberding: Das betrifft vor allem US-amerikanische. Ihr Ruf leidet zurzeit, weil sie Kapital in Hedge- und Private Equity-Fonds anlegen. Die kaufen Firmen, finanzieren den größten Teil des Kaufs über Kredite und bürden Tilgung und Zinsen den aufgekauften Firmen auf, die dadurch leicht in die Überschuldung geraten. In der Vergangenheit haben sie damit hohe Renditen erzielt. Darum waren sie für Pensionsfonds interessant.

metall: Investiert der Metall-Pensionsfonds auch in Private Equity?

Engberding: Nein. Nach dem Gesetz dürfen

deutsche Pensionsfonds hier zwar bis fünf Prozent investieren. Ich finde aber, dass Metall-Rente das nicht machen sollte. Auch wenn nicht alle Private Equity-Fonds Heuschrecken sind, die Firmen ausplündern und Arbeitsplätze gefährden, sollte Metall-Rente nicht riskieren, dass Geld, das Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihr für Altersvorsorge anvertraut haben, in wirtschaftlich und politisch heikle Anlagen fließt.

metall: Sind Pensionsfonds zu empfehlen oder sind Anlagen in ihnen zu riskant?

Engberding: Sie dürfen hohe Anteile ihres Vermögens in börsengehandelte Aktien investieren. Das bedeutet höhere Risiken, aber auch eine höhere Rendite als bei allen anderen Anlageformen. Die deutschen Pensionsfonds

über den Pensionssicherungsverein abgesichert. Eine gewisse Sicherheit bedeutet für die Anleger auch, dass die Fonds von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) kontrolliert werden (siehe auch Interview). Firmenbezogene Fonds dürfen außerdem nur fünf Prozent des Anlagevermögens im (eigenen) Trägerunternehmen anlegen. Dadurch wird vermieden, dass das Geld für unternehmerische Zwecke missbraucht wird und Rentner durch betrügerische Machenschaften mit Firmenfonds Geld verlieren, wie in den USA vor einiger Zeit geschehen.

INFOS ÜBER PENSIONS FONDS

- www.metallrente.de ► MetallRente.bav
- **Produkte** ► **MetallPensionsfonds** bietet Informationen über den Metall-Pensionsfonds, seine Kapitalanlagen und Ergebnisse.
- www.altersvorsorge-macht-schule.de informiert über einen Kurs, den Volkshochschulen bundesweit für Arbeitnehmer anbieten. Kostenlose Infos unter: **0800-10 00-48 00.**

Anbieter: Neben einigen Versicherungen und wenigen Konzernen bietet die Metall-Rente, das Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall, einen Fonds an. Er wurde mehrfach international ausgezeichnet. Der »Metall-Pensionsfonds« legt das Geld, bis die Anleger 55 Jahre alt sind, risikoorientiert an, also investiert einen hohen Anteil in Aktien. Danach wird es in risikoärmere, sicherere Anlagen umgeschichtet. Seit der Fonds – im August 2002 – gegründet wurde, haben die unter 55-Jährigen im Schnitt neun Prozent verdient. 2005 waren es sogar 17,5 Prozent. Für 2006 werden ähnliche Ergebnisse erwartet.

Anlagekriterien: Beim Metall-Pensionsfonds steht, wie bei den anderen Fonds auch, eine gute Verzinsung im Vordergrund. Er ist aber der einzige Fonds in Deutschland, der außerdem ethische, soziale und ökologische Kriterien bei der Anlage berücksichtigt. Metall-Rente hat eine Negativliste von Firmen erstellt, bei denen das Geld der Anlegerinnen und Anleger nicht investiert wird. Inzwischen wird auch über eine Positivliste nachgedacht – um gezielt Unternehmen zu unterstützen, die sich aktiv bemühen, solche Kriterien zu erfüllen. ◀

Sylvia Koppelberg



Foto: Michael Schinke

sind aber verpflichtet, das Bundesaufsichtsamt für das Finanzwesen ausführlich darüber zu informieren, wo wie viel angelegt wird und welche Ergebnisse erzielt wurden. Die Behörde muss das Anlagekonzept genehmigen. Und sie unterzieht die Anlagestrategien regelmäßig »Stresstests«, das heißt, sie prüft, ob mindestens die eingezahlten Beiträge gesichert sind. Gerade für jüngere Arbeitnehmer kann der Fonds eine attraktive Alternative sein. ◀

Anzeige

metall und direkt 2006 komplett auf CD-ROM

Mit Passwort für das metall- Online-Archiv im Internet

Bestell-Nr.	Einzelpreis	Anzahl	Summe
111-14969	9 €		€

Jetzt bestellen **Gesamtpreis** €

- **Die CD-ROM enthält:** alle **metall**-Ausgaben des Jahrgangs 2006 einschließlich: ► Regional- und Lokalseiten
- alle **direkt**-Ausgaben des Jahrgangs 2006 mit: ► Grafiken, ► außerdem alle Ausgaben des Jahrgangs 2006 von: ► **IT-Magazin**, ► **Kfz Handwerk**. Auf der CD-ROM: Inhaltsverzeichnis und Volltextsuche. Software Acrobat Reader. Alle Seiten können im Originallayout ausgedruckt werden. Die CD-ROM läuft unter Windows 9X oder höher/NT und Mac.
- **Bestellungen an:** IG Metall-Vertrieb,
- **E-Mail:** vertrieb@igmetall.de,
- **Internet:** www.igmetall.de,
- **Fax** 069-66 93-25 38,
- **Lieferung gegen Rechnung**



RECHT SO



metall: Bereits seit 2002 sind die Regelungen über Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) auch auf Arbeitsverträge anzuwenden. Was versteht man unter den AGB und was müssen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beachten?



Jurist Carsten Schuld vom DGB-Rechtsschutz beantwortet hier jeden Monat Fragen

Carsten Schuld: Im Zuge der Schuldrechtsreform wurde das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) in das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB) aufgenommen. Es gilt seitdem ausdrücklich auch für Arbeitsverträge. Wenn ein Arbeitsvertrag nicht individuell ausgehandelt wird, sondern vom Arbeitgeber vorformuliert ist, kann dieser seitdem auch inhaltlich überprüft werden. Das bedeutet, dass Bestimmungen in Arbeitsverträgen nur dann wirksam sind, wenn sie den Arbeitnehmer nicht unangemessen benachteiligen.

Das kann weit reichende Folgen haben. Ein Beispiel: Häufig finden sich in Arbeitsverträgen Klauseln darüber, dass Sonderzahlungen vom Arbeitgeber gewährt, aber jederzeit widerrufen werden können. Solche Klauseln sind seit der Neuordnung unwirksam, wenn die Gründe für einen Widerruf nicht explizit benannt werden.

Weiter sind einzelvertragliche Ausschlussfristen oder Abreden über Vertragsstrafen in vielen Fällen unrechtmäßig, wenn sie den Arbeitnehmer einseitig benach-

teiligen. Dies muss nach den Umständen des Einzelfalls beurteilt werden. Die Arbeitnehmer haben mit den Regelungen zu den AGB aber jedenfalls einen rechtlichen Ansatzpunkt.

Egal ob ein Vertrag vor oder nach der Neuordnung geschlossen wurde: Hält eine Klausel der AGB-Kontrolle nicht stand, ist sie unwirksam. Dabei gehen Unklarheiten zu Lasten des Verwenders der AGB, also des Arbeitgebers. Die Neuordnung von 2002 betrifft nur so genannte Formulararbeitsverträge. Das sind alle Verträge, die in mehr als einem Fall verwendet werden, was aber praktisch auf nahezu sämtliche Arbeitsverträge zutrifft. Die seltenen individuellen Vertragsabreden haben Vorrang vor den AGB und werden von den Arbeitsgerichten auch nicht inhaltlich überprüft. ◀

► **Weitere Fragen** rund um den Rechtsschutz? Die zuständige Verwaltungsstelle der IG Metall hilft weiter.

Sommerurlaub 2007

NIX WIE WEG

Attraktive Urlaubsziele für die Frühjahrs- und Sommerferien. Hier gibt es Rabatte für IG Metall-Mitglieder.

Lüneburger Heide

Vier gut ausgestattete Ferienhäuser der IG Metall stehen etwa eine halbe Stunde von Hamburg entfernt im Naturschutzpark Lüneburger Heide. **Infos: Olaf Peters, Undelohrer Straße 7, 21271 Asendorf/Dierks- hausen, Telefon 04184-88 87 31, Fax 04184-88 87 16**

Slowakische Republik

Ob Berg- oder Radtouren in der Hohen oder Niederen Tatra, eine Kur- und Rehabilitationsmaßnahme im slowakischen Bad Lublauer oder Pistayn oder eine Studienreise in die Hauptstadt und Kulturmetropole Bratislava: Die familienfreundliche Hotelgesellschaft Sorea bietet für Jung und Alt Reisen mit kleinen Preisen an. Einen sechstägigen Kur- oder Wellnessurlaub (Halbpension) mit zahlreichen medizini-

schen Anwendungen gibt es schon ab 150 Euro pro Person (je nach Saison). Die Hotels sind komfortabel ausgestattet und auch für einen barrierefreien Urlaub geeignet. IG Metall-Mitglieder bekommen in allen Häusern zehn Prozent Rabatt.

Infos: Sorea Hotelgesellschaft, Telefon 00421-2 55 42 58 56, E-Mail: obchod@sorea.sk, Internet: www.sorea.sk

Befreundete Ferienanbieter

Neu für IG Metall-Mitglieder sind die Angebote der IFA Hotel & Touristik AG. Der Ferienhotelanbieter betreibt insgesamt 22 Hotels und Apartmenthäuser in Deutschland, Österreich, Italien, Spanien, Bulgarien und der Dominikanischen Republik. Vom Schwimmen und Tauchen über Bergwandern, Tennis und Golfen

Meldung

Steuern

Tipps für 2006 und 2007

Ob Werbungskosten, Pendlerpauschale, Kinderbetreuungskosten oder Elterngeld – in vielen Fällen lohnt sich eine Einkommensteuererklärung.

Aus diesem Grund hat die IG Metall auf ihren Internetseiten zahlreiche Tipps und Links für die Steuererklärung 2006 zur Verfügung gestellt. Dort gibt es auch die wichtigsten steuerlichen Änderungen für Arbeitnehmer ab 2007. Für 2006 können die Kosten für den Weg zur Arbeit mit 30 Cent pro Kilometer

noch geltend gemacht werden. Ab 2007 zählen Kosten für den Arbeitsweg steuerlich erst ab dem 21. Kilometer, was viele Experten für verfassungswidrig halten.

Der DGB rät, zunächst einen Antrag auf Lohnsteuerermäßigung zu stellen und im zweiten Schritt auch Einspruch gegen eine Ablehnung des Lohnsteuerermäßigungsantrags 2007 einzulegen. Auf der Homepage des DGB gibt es Musterschreiben.



Ob am Meer, Sund oder Fjord – die Ferienzentren des dänischen Reiseveranstalters Dansk FolkeFerie sind über das ganze Land verteilt

sowie Entspannung unter Palmen oder in italienischen Thermen bieten die familienfreundlichen IFA-Hotels für jeden Geschmack und für jeden Geldbeutel das passende Hotel sowie Ambiente. IG Metall-Mitglieder erhalten zehn Prozent Rabatt.

Infos: IFA Reisevermittlung, Düsseldorf Straße 50, 47051 Duisburg, gebührenfreie Hotline für die IG Metall 0800-32 10 3 21, E-Mail: info@ifahotels.com, Internet: www.ifahotels.com

Kroatien, Italien, Frankreich

Hotels, Wohnungen oder Bungalows haben das Gemeinnützige Erholungswerk (GEW) der IG Bauen-Agrar-Umwelt im Angebot. In Porec, auf der kroati-

schen Halbinsel Istrien, können komplett ausgestattete Mobilheime (bis fünf Personen) gemietet werden. Das Camp »Lanterna« liegt direkt am Meer.

Am Südufer des Gardasees (Italien) liegt das Camp »Bella Italia«. Das 24 Quadratmeter große Mobilheim ist mit einem Elternschlafzimmer und zwei Einzelbetten ausgestattet, was Familienmitgliedern einen persönlichen Freiraum ermöglicht.

Das Ferienzentrum »Les Touresses« in Sainte-Maxime an der Côte d'Azur (Frankreich) ist mit 30 Wohnungen, 52 Bungalows und zehn Apartments ausgestattet. Die Anlage liegt in einem mediterranen Schlosspark auf einem Hügel oberhalb der Stadt. Zum Strand sind es etwa 400 Meter.

Infos: Gemeinnütziges Erholungswerk e.V. (GEW), Buchungshotline 01805-4 39 33, E-Mail: kontakt@ferien-igbau.de, Internet: www.ferien-igbau.de

Dänemark

In zehn familienfreundlichen Ferienzentren vermittelt der gewerkschaftsnahe Reiseveranstalter Dansk Folke Ferie über 1000 Ferienhäuser und Wohnungen.

Sie sind über das ganze Land verteilt, liegen am Meer, Sund oder Fjord. Für IG Metall-Mitglieder gibt es eine Ermäßigung von 15 Prozent.

Infos: Dansk FolkeFerie, Gammel Kongevej 33, DK - 1610 København V, gebührenfreie Hotline 0800-1 82 59 32 E-Mail: danmark@danskfolkeferie.dk, Internet: www.folkeferie.dk Antonela Pelivan

Anzeige

Aktiv leben und genießen

Der Wannenlift mit Luftpolster

Baden Sie wieder ohne fremde Hilfe

- Senkt Sie bis auf den Wannenboden ab
- Einfache und absolut sichere Handhabung
- Passt praktisch in jede Badewanne
- Keine Installationsarbeiten

Freie Fahrt für Ihre Lebensfreude

Damit fahren Sie sicher, leise und zuverlässig

- Bis 15 km/h schnell
- Zuverlässig und unkompliziert
- Auch faltbare und einfach zu zerlegende Modelle
- Günstige gebrauchte E-Mobile

Nutzen Sie die kostenlose, unverbindliche Beratung und Vorführung vor Ort.

Kostenlos anrufen unter: 0800 - 600 600 4 Bundesweiter Service

Das Treppensteigen wird für Sie immer schwerer? Wir führen Treppenlifte für praktisch jede Treppe.

proflex®

Proflex GmbH & Co. KG
Amsterdamer Str. 232, 50735 Köln
Fax 0221/6 60 77 88

Tausende zufriedener Kunden

Ab 2007 bekommen Familien, bei denen ein Elternteil für die Erziehung eine berufliche Auszeit nimmt, zwölf Monate lang bis zu 1800 Euro Elterngeld. Die Höhe hängt aber vom Nettogehalt desjenigen ab, der zu Hause bleibt. Darum sollte die Wahl der Steuerklasse unbedingt überprüft werden. Einen Elterngeldrechner stellt das Bundesministerium für Familie auf seiner Internetseite zur Verfügung. Mehr Infos unter: **www.igmetall.de** ▶ Ratgeber & Bildung ▶ Steuern **www.bmfsfj.de/Elterngeldrechner/** oder **www.dgb.de** ▶

Reisen

Vietnam aus der Nähe

Eine Reise mit der Gewerkschaft der Industriearbeiter Vietnams (IGI) und der Friedrich-Ebert-Stiftung verspricht spannende Einblicke in den vietnamesischen Alltag. Auf dem Programm: viele Begegnungen, viel Kultur. Termine: 31. März bis 14. April 2007 und 26. Dezember 2007 bis 8. Januar 2008. Preis: etwa 1650 Euro. Mehr Infos unter: **Telefon 030-7466889, E-Mail: walterweller@t-online.de und Telefon 0221-881330, E-Mail: horst.kuesters@netcologne.de** ▶

Monatsrätsel...

rein, sauber (engl.)		Beleg für verrechnungen der Bank		kurz für: in das steif, un- beweglich	Straße (Abk.) Währungs- einheit	Weltorga- nisation (Abk.)		abgeson- derte Glaubens- gruppe
Staats- abgabe der Arbeit- nehmer					16			
14		dick. Pflanz- stängel oh. Blätter				2		krampf- artiges Muskel- zucken
zehn (engl.)			Elemen- tar- teilchen	Ort am Inn- dicht dabei			8	
Tennisver- band (Abk.)						Keim- zelle		
		Fluss in Florenz		17		Präposition		
		männl. Rind						
Fach- gebiet der Medizin (Abk.)	europä- ischer TV- Satellit				18	eine der Gezeiten	Währung von Venezuela	
		7		Ge- schmacks- richtung Stallstreu		10		natür- liche Bega- bung
Trickfilm- hund von Walt Disney	waager. Bauglied				kleines Schiff			
	Konti- nent		Karteikar- tenreiter			frz. wbl. Artikel		
		1	arabisches Sultanat	3		festl. TV- Sendung		
Gewebe					nordische Sagen- gestalt		19	
Wut, Raserei	12				artig			
		Pöbel				latein. Grußwort		5
		franzö- sisch: Ende				per procura (Abk.)		
Schweizer Radio- und Fernseh- gesellschaft		Kursbuch					6	
		internat. Or- ganisation		9				
1. Sohn Adams					reizvoll, geschmack- voll			15
Rhein- zufluss		11						
			bibli- sche Stamm- mutter		13			

Lösungswort Kreuzworträtsel

[illegible]

Das Lösungswort auf eine Postkarte schreiben
und bis 28. Februar 2007 senden an:

Redaktion metall, Preisrätsel, 60146 Frankfurt

Lösungswort aus November 2006: Gremiumssitzung

Diesen Monat verlosen wir unter den Einsendern der richtigen Lösung wieder einen **IFA-Gutschein** im Wert von 50 Euro, anzurechnen bei Buchung eines IFA-Aufenthalts (keine Barauszahlung).
einen **Pons-Sprachkalender 2007 Englisch**
einen **Pons-Sprachkalender 2007 Französisch**

Zusätzlich verlosen wir **zwei IG Metall-Fußbälle**
Der Zusatzgewinn
im November 2006:
Je ein IG Metall-Fußball
geht an:

Brigitte Klimanek, Unna
Manfred Otte, Wolfsburg

Teilnehmen können nur Mitglieder der IG Metall, allerdings keine hauptamtlich Beschäftigten.

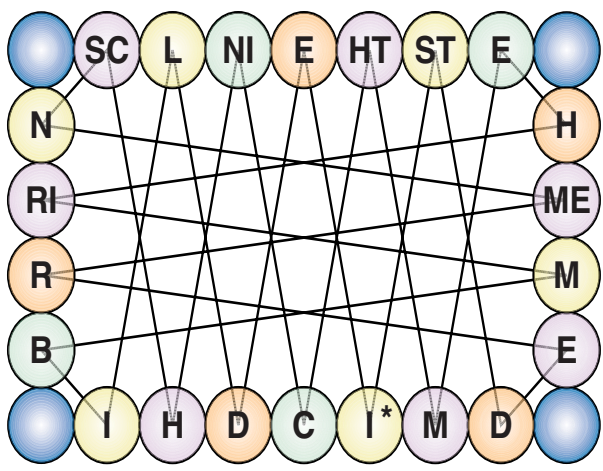
Hauptpreise:



1. Preis: drei Tage für zwei Personen
im Appartement Hohe Reuth/OV
im IFA-Ferienpark Hohe Reuth ***/
Schöneck

Drei-Monats-Rätsel... Teil 1-2

Zug um Zug



Wenn Sie im Kreis mit dem Sternchen beginnen und dann Zug um Zug den Verbindungslinien folgen, ergibt sich der erste und zweite Teil unseres Drei-Monats-Rätsels.

Lösungsspruch des Drei-Monats-Rätsels aus **Teil 1-2** und **3** auf eine Postkarte schreiben und bis 31. März 2007 einsenden an:

**Redaktion metall, Preisrätsel,
60146 Frankfurt**

Sie müssen den Spruch aus drei aufeinander folgenden Heften eines Quartals lösen. Haben Sie den richtigen Spruch herausgefunden, können Sie einen der drei **Hauptpreise** gewinnen. Und als Extra: eine **ACE-Klubmitgliedschaft** für ein Jahr im Wert von **56 Euro**.

2. Preis:
Ein original
Steiff-Teddy
»Petsy«



3. Preis:

»Der Brockhaus«
in einem Band



ANSCHLÄGE

Aushang

Allgemein besteht Unsicherheit bezüglich der Frage, ob die Arbeit auch früher aufgenommen werden kann als in einer Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (AU) attestiert wurde und ob man dann auch entsprechend versichert ist.

Die Antwort lautet:

Man kann früher an den Arbeitsplatz zurückkehren.

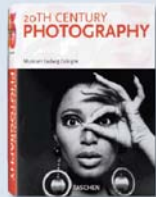
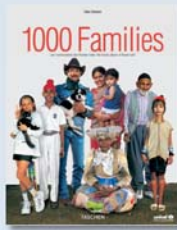
► Schreiben der Firma Tyco Electronics AMP, Wört

Ihr Schreiben vom

Sehr geehrter Herr
auf ihr Schreiben möchten wir wie folgt antworten:
Es ist richtig, dass wir Sie in unterschiedlichen Teilbereichen der Schleiferei einsetzen. Der Grund ist jedoch nicht der, dass Sie in allen Teilbereichen außerordentlich gute Arbeit verrichten, als vielmehr der, dass man Sie dank Ihres Könnens und Ihres Fleißes in jeder dieser Teilbereiche missen kann. Über Ihre Tätigkeit kommen wir zu einer völlig anderen Einschätzung als Sie.
Wir sind davon überzeugt, dass Ihre Lohngruppe eher zu hoch als zu niedrig angesetzt worden ist.

► Schreiben der Firma Kordel Antriebstechnik, Dölmen

Unverschämtes, Merkwürdiges, Kurioses – gefunden von **metall**-Leserinnen und -Lesern. Jede Veröffentlichung wird mit 25 Euro honoriert (bitte Kontonummer angeben). Schicken an: **metall-Redaktion, Wilhelm-Leuschner-Straße 79, 60329 Frankfurt am Main**



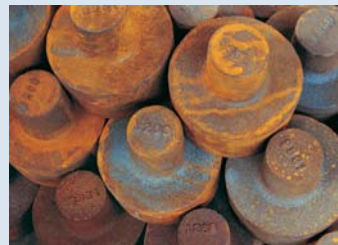
Erster Digital-Fotowettbewerb für Mitglieder der IG Metall

über 130 IG Metall-Mitglieder schickten **metall** ihre Fots aus der Arbeitswelt aus. Aufgerufen zu diesem Wettbewerb hatte die Redaktion im Sommer 2006. Gefragt waren Digitalfotos (in Farbe oder schwarz-weiß) von Menschen, Arbeitsplätzen, Maschinen oder Materialien.

Der Wettbewerb ist jetzt abgeschlossen.

Aus den rund 150 Fotos werden die Gewinner zurzeit von einer Fach-Jury der IG Metall ausgewählt. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.

metall wird in der März-Ausgabe die besten Fotografien vorstellen.



Lasten tragen die Versicherten

THOMAS GERLINGER ÜBER DIE GESUNDHEITSREFORM

Gesundheitspolitik in Deutschland steht vor großen Herausforderungen: Die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) muss auf eine dauerhaft tragfähige Grundlage gestellt, die Ungerechtigkeiten bei der Finanzierung des Systems müssen beseitigt werden. Vor allem muss die Trennung von gesetzlicher und Privater Krankenversicherung (PKV) ein Ende haben. Von all dem findet sich in der Gesundheitsreform der großen Koalition nichts wieder.

Denn die Trennung von GKV und PKV bleibt nicht nur erhalten.

Mehr noch: Der Wechsel von Besserverdienenden in die PKV wird sogar erleichtert. Bisher musste ihr Einkommen ein Jahr lang über der entsprechenden Verdienstgrenze liegen, jetzt reichen bereits sechs Monate. Die Mitglieder der PKV (etwa zehn Prozent der Bevölkerung) haben im Durchschnitt ein deutlich höheres Einkommen und ein deutlich geringeres Krankheitsrisiko als gesetzlich Krankenversicherte. Deshalb wären gerade sie gefordert, sich am Solidarausgleich zu beteiligen. Aber es gibt nicht einmal einen Finanzausgleich zwischen den beiden Systemen. Auch werden etwa auf Kapitalerträge aus Vermögen keine Beiträge erhoben. Kein anderes Gesundheitssystem in Europa leistet sich den Luxus, einen derart

großen Teil der Bevölkerung vom Solidarausgleich zu befreien.

Während die Politik die Privatpatienten und ihre Versicherungen schont, bittet sie die gesetzlich Krankenversicherten mit ihrer Reform erneut zur

»Kein Gesundheitssystem in Europa leistet sich den Luxus, einen so großen Teil der Bevölkerung vom Solidarausgleich zu befreien.«

Kasse. Zu Jahresbeginn mussten viele Kassen die Beiträge anheben – vor allem weil der Bund den Steuerzuschuss zur GKV gekürzt hat und die Krankenkassen die Folgen der Mehrwertsteuererhöhung zu tragen haben.

Und ein Ende ist nicht in Sicht. Die Belastungen gesetzlich Versicherter werden weiter steigen. Denn mit dem Gesundheitsfonds ändert sich einiges. Von 2009 an setzt der Staat den Beitragssatz einheitlich für alle Kassen fest. Der Gesundheitsfonds soll anfangs zwar die GKV-Ausgaben zu 100 Prozent decken, kann dann aber auf bis zu 95 Prozent der Ausgaben abschmelzen. Die Differenz (also bis zu fünf Prozent der Ausgaben) muss durch Zusatzbeiträge aufgebracht werden, die ausschließlich von den Versicherten

getragen werden. Erst danach können wieder die Mittel aus dem Gesundheitsfonds erhöht werden. Ausgabensteigerungen müssen also bis auf Weiteres von den Arbeitnehmern allein getragen werden.

Im Unterschied dazu wird die Gesundheitslobby weitgehend geschont. Selbst die wenigen positiven Reformansätze wurden nach und nach verwässert oder gar entfernt. Beispiel Arzneimittelpreise: Sie sollten zunächst von Festpreisen auf Höchstpreise umgestellt werden.

Probleme nicht gelöst

Das hätte den Krankenkassen die Möglichkeit gegeben, mit den Arzneimittelherstellern und Apotheken Preisverhandlungen zu führen und die Arzneimittelausgaben zu senken. Das ist nach Intervention der Pharma- und Apothekenlobby nun nicht mehr möglich. Und dies, obwohl die Arzneimittelausgaben allein im Jahr 2005 um 19 Prozent gestiegen sind. Unterm Strich fällt die Bilanz negativ aus. Die Reform löst die Finanzprobleme der Kassen nicht. Sie bedient einseitig die Interessen einflussreicher Lobbygruppen. Die finanziellen Lasten dieser Politik haben in erster Linie die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen zu tragen haben. Arbeitnehmer brauchen diese Reform nicht. ◀



Foto: IMS / Ausseiner

Zur Person

Gesundheitssysteme im Vergleich

Thomas Gerlinger ist Direktor des Instituts für Medizinische Soziologie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt. Der Professor für medizinische Soziologie arbeitet seit vielen Jahren über Gesundheitspolitik. Dabei liegt ein Schwerpunkt seiner Arbeit auf dem internationalen Vergleich verschiedener Gesundheitssysteme. Veröffentlichung: Rolf Rosenbrock/Thomas Gerlinger: Gesundheitspolitik. Eine systematische Einführung. Berlin 2006, Hans-Huber-Verlag.



Bei der Gesundheitspolitik geht es vor allem um Sie.

Informationsangebote des Bundesministeriums für Gesundheit:

Bürgertelefon

Das Bürgertelefon des Bundesministeriums für Gesundheit erreichen Sie von Montag bis Donnerstag zwischen 8 und 18 Uhr und Freitag zwischen 8 und 12 Uhr (0,14 Euro/Min. aus dem deutschen Festnetz) unter folgenden Telefonnummern:

Fragen zur Krankenversicherung

018 05/99 66-02

Fragen zur Pflegeversicherung

018 05/99 66-03

Fragen zur gesundheitlichen Prävention

018 05/99 66-09

Gehörlosen-/Hörgeschädigten-Service Schreibtelefon

018 05/99 66-07

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Internet: <http://www.bundesregierung.de>

Telefon: 018 05/77 80 90 (gebührenpflichtig)

Fax: 018 05/77 80 94 (gebührenpflichtig)

Schriftlich:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09

18132 Rostock

Internetportale

Aktuelle Informationen des Bundesministeriums für Gesundheit finden Sie unter:

www.bmg.bund.de

Aktuelle Informationen zu allen Themen der Gesundheitsreform finden Sie unter:

www.die-gesundheitsreform.de

Aktuelle Informationen zur elektronischen Gesundheitskarte finden Sie unter:

www.die-gesundheitskarte.de

Aktuelle Informationen zur Kampagne „Bewegung und Gesundheit“ finden Sie unter:

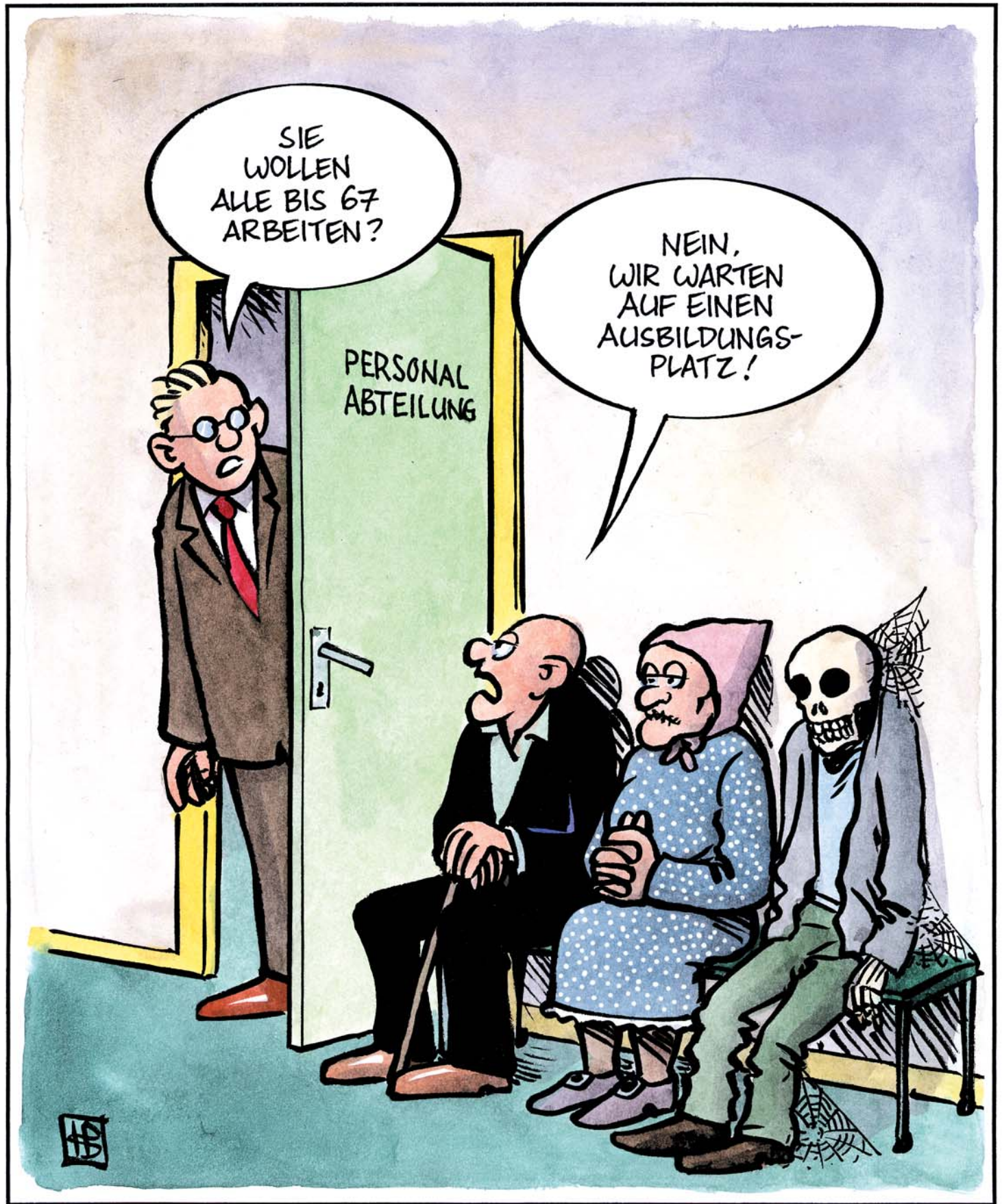
www.die-praevention.de

Newsletter

Unser Newsletter enthält Neuigkeiten und Informationen rund um die Themen Gesundheit, Pflege und gesundheitliche Prävention und wird Ihnen alle 14 Tage per E-Mail zugesandt. Sie finden das Anmeldeformular unter **www.bmg-newsletter.de**

Publikationsverzeichnis

Das aktuelle Publikationsverzeichnis des Bundesministeriums für Gesundheit können Sie unter Angabe der Bestellnummer G 701 anfordern:



Sparen Sie über 180.- Euro

und genießen Sie die perfekte Qualität der Original-Wachsjacke aus England



Wachsjacke auch in Dunkelblau und Braun erhältlich

Abnehmbare Kapuze mit Original Schotten-Innenfutter aus 100% Baumwolle.

Strapazierfähiger, weicher Cordkragen. Klassisch in der Form, angenehm und warm auf der Haut.

Spezielle Verschlussklappe: Schutz vor Wind, Sturm und Regen.

Innentasche mit Reißverschluss für Ausweis und Kreditkarten

Original Schotten-Innenfutter aus 100% Baumwolle.

Katalog GRATIS anfordern

Arm-Abschlussbund. Aktiver Schutz vor Wind und Regen.

Druckknöpfe für einknöpbares Winterfutter
Reißverschluss verdeckende Windschutzleiste, Wind und Nässe bleiben draußen.

Solider Messing-Reißverschluss in praktischer 2-Weg-Technik.

Praktische Innentasche

5-Sterne-Personal Garantie

- ★ Höchster Qualitäts-Standard
- ★ Direkt vom Importeur oder Großhandel
- ★ Bis zu 64% Preisvorteil
- ★ Doppelte Garantiezeit
- ★ Einfaches Umtauschen und Zurückgeben

24h täglich persönlich für Sie da

0 180/ 104 0 104

www.personalshop.net

FAX 0 180/ 117 117 1



Ihre Größe

Sie	36	38/40	42/44	46	48	-
Er	42/44	46	48/50	52/54	56/58	60

= Bestellgröße

	S	M	L	XL	XXL	XXXL
--	---	---	---	----	-----	------

*statt 282,70
Personal-Rabatt
Personal-Preis
€ 99,90
Art.Nr. siehe Text

-64%

Die Original-Wachsjacke aus England

Eine Wachsjacke gehört schon fast zum guten Ton. Entscheiden Sie sich für die „Royal Windsor“, die original englische Wachsjacke. Sie hat sich im verregneten England tausendfach bewährt und wird sogar vom Königshaus begehrt. Der Stoff ist aus feinsten ägyptischen Baumwolle und wurde mit dem Original Coupra-Wax

behandelt. Es lässt die Haut atmen und hält trotzdem wind- und wasserdicht. An den Druckknöpfen der Innenseite lässt sich ein warmes Winterfell befestigen.

„Orig. Englische Wachsjacke“
dunkelgrün **Art.Nr. 38650**
dunkelblau **Art.Nr. 38661**
braun **Art.Nr. 38672**



Farbloses Imprägniermittel. Damit Ihre Wachsjacke viele Jahre wind- und wasserdicht bleibt.

Art.Nr. 900
Orig. Waxespray

€ 9,99



„Wärme-Futter“

Art.Nr. 38683
Für kalte Tage! Herausnehmbares „Wärme-Futter“.

€ 28,99

PERSONAL-BEZUGSSCHEIN mit 20 Tage Umtausch- und Rückgaberecht

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	Einzelpreis €
			„Orig. Englische Wachsjacke“	99,90
Aktueller Personal-Shop-Katalog				GRATIS

Absender (bitte deutlich ausfüllen): ☐ Frau ☐ Herr

Name, Vorname

Straße

PLZ / Ort

Geburtsdatum

Angebot gültig für metall - Leser

Aktion Nr. 9079

Lieferung erfolgt gegen Rechnung in Reihenfolge des Bestelleingangs. Bitte keine Zahlungsmittel beilegen. Angebote gelten nur in Deutschland und solange Vorrat reicht.

zusenden an:

Personal Shop Handels-GmbH
Bahnhofstraße 500
82467 Garmisch-P.

*Stattpreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise